



ANTRÄGE

ZUM DOPPELHAUSHALT 2026/2027

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stuttgarter Rathaus

Inhalt:

1. Investieren in die Zukunft
2. Klimaneutralität konsequent voranbringen
3. Sozialen Zusammenhalt stärken
4. Eine funktionierende Verwaltung sichern
5. Finanzen maßvoll stabilisieren

1. Investieren in die Zukunft

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
B14: Umgestaltung zwischen Wilhelmsplatz und Leonhardsplatz beginnen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 610 Amt für Stadtplanung und Wohnen.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	223,5	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Im Doppelhaushalt 2024/2025 haben wir gemeinsam mit der SPD-Fraktion 250.000 Euro für den autofreien Wilhelmsplatz in Stuttgart-Mitte bereitgestellt. Bisher wurden davon lediglich 26.500 Euro abgerufen.

Da im Leonhardsviertel mit dem Mobility Hub, dem Haus für Film und Medien sowie Projekten im Rahmen der IBA'27 bereits wichtige Entwicklungen angestoßen wurden und auch die Umgestaltung des Leonhardsplatzes bevorsteht, sollten nun auch die nächsten Schritte für die Umgestaltung des Wilhelmsplatzes sowie den Straßenraum zwischen den beiden Plätzen angestoßen werden. Hierfür sollen die noch verfügbaren Mittel in den kommenden Doppelhaushalt übertragen werden.

Wir beantragen daher, die verbleibenden Mittel in Höhe von 223.500 Euro aus dem Doppelhaushalt 2024/2025 in den Doppelhaushalt 2026/2027 zu übertragen.

Gez.

Sarah Wölfle

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Ehemaliges Kaufhofgebäude nicht leerstehen lassen – Zwischennutzung ermöglichen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 230 Liegenschaftsamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	300	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	230 Liegenschaftsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Anfang 2024 hat die Stadt Stuttgart das Gebäude des ehemaligen Kaufhofs in der Eberhardstraße erworben. Das Gebäude steht seither leer. Einzelne kulturelle Sondernutzungen, für die wir uns eingesetzt haben, haben gezeigt, dass eine Belebung des Gebäudes an zentraler Stelle funktioniert.

Voraussetzung für eine künftige Zwischennutzung wie durch die Internationale Bauausstellung IBA 2027, ist eine bauliche Ertüchtigung der beiden Erdgeschossflächen. Ein Leerstand über mehrere Jahre würde die Substanz des Gebäudes weiter verschlechtern. Daher beantragen wir 300.000 Euro in 2026 als Aufstockung des Bauunterhaltungsbudgets des Liegenschaftsamts.

Gez.

Marcel Roth

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Entwicklung der Ortsmitte Degerloch voranbringen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 230 Liegenschaftsamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	250	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	Seite 4
THH	230 Liegenschaftamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	Niederschrift Nr . 71 vom 8.11.2021 Degerloch

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die Ortsmitte Degerlochs konzentriert verschiedene Gemeinbedarfe rund um den Agnes-Kneher-Platz. Seit 2016 gab es mehrere Machbarkeitsuntersuchungen, um die Bedarfe im Zusammenspiel zu verorten. Nun sind die Untersuchungen abgeschlossen (ehemaliges Wannenbad, Alte Scheuer, Altes Schulhaus, Verlängerung TG unter dem Agnes-Kneher-Platz, Unterbringung von Kitagruppen und Funktionen eines Bürgerhaus). Das Gebäude Große Falterstraße 18 wurde in diesem Zusammenhang 2020 abgerissen, sodass im Ortskern seither eine städtische Baulücke eingezäunt ist.

Die jüngste Machbarkeitsstudie zeigt nun nach Jahren eine Lösung für die Unterbringung der dringend benötigten Gemeinbedarfsnutzungen im Bereich große Falterstraße 18/20 auf:

- Unterbringung dringend benötigter Kitagruppen (Fehlbedarf verschärft sich 2026 durch Schließung des zweiten Kindergartens in Hoffeld)
- die Bedarfe eines Bürgerhauses mit Musikschule, VHS, Versammlungsstätte etc., die der bisherige Treffpunkt Degerloch in der Mittleren Straße aus diversen Gründen u.a. Brandschutz nicht mehr abdecken kann.

Nach jahrelangen Vorlauf werden nun weitere Planungsmittel benötigt. Hiermit sollte eruiert werden was aktuell umsetzbar ist und ob bspw. durch eine Konzeptvergabe die weiteren Schritte angestoßen werden können.

Hierfür beantragen wir 250.000 Euro im Jahr 2026.

Gez.

Beate Schiener

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Frühzeitige Sanierung, nachhaltige Nutzung – Planungsmittelpauschale und Bauunterhaltungsbudget des Liegenschaftsamts erhöhen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 230 Liegenschaftamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	500	0
Jahr 2	250	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	230 Liegenschaftamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Zur Sicherstellung einer vorausschauenden und qualitätsgesicherten Planung städtischer Bau- und Sanierungsmaßnahmen ist eine Aufstockung der Planungsmittelpauschale des Liegenschaftsamts für die Sanierung von Verwaltungsgebäuden und städtischer Liegenschaften sowie des Bauunterhaltungsbudgets erforderlich. Nur mit ausreichenden Planungsmitteln können notwendige Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Entwicklungsmaßnahmen frühzeitig vorbereitet und wirtschaftlich umgesetzt werden. Die Erhöhung stärkt die Handlungsfähigkeit des Liegenschaftsamts und ermöglicht eine effiziente Nutzung der städtischen Immobilienressourcen. Zudem sind viele der städtischen Liegenschaften in keinem guten Zustand. Auch hier ist ein konsequentes und schnelles Handeln dringend erforderlich, damit die Bausubstanz erhalten und die Nutzbarkeit der Gebäude sichergestellt werden kann.

Das Planungsbudget des Liegenschaftsamts für Verwaltungsgebäude und städtische Liegenschaften wird daher für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 um jeweils 250.000 Euro erhöht. Mit diesen Mitteln soll vorrangig das Gebäude des ehemaligen Kaufhofs angegangen und insbesondere die Erdgeschosszonen für die Zwischennutzung der IBA'27 ertüchtigt werden.

Das Bauunterhaltungsbudget des Liegenschaftsamts wird in 2026 um 250.000 Euro erhöht, um die Sanierung der Atelierhäuser an den Wagenhallen zu beginnen.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Infrastruktur nachhaltig finanzieren – Maßnahmen des Klimamobilitätsplans priorisieren sowie Erhalt und Umbau gemeinsam denken

Antrag

Für Infrastrukturmaßnahmen bestehen durch den Klimamobilitätsplan hohe Förderquoten seitens von Bund und Land.

Planungen in diesem Bereich sollten daher fortgeführt und auf nachhaltige Mobilität und Klimaanpassung ausgerichtet werden. Zudem ist es notwendig, im Zuge von Straßensanierungsmaßnahmen – Überwege, Gehwegnasen, Radwege – umzusetzen und so zusätzliche Fördermittel zu generieren.

Darüber hinaus sollten erwartbare Förderungen bei Infrastrukturmaßnahmen eingepreist werden. Das schafft Spielraum mehr Projekte anzugehen und macht es attraktiver Projekte mit hohen zu erwartenden Förderungen prioritär anzugehen.

Wir beantragen daher:

1. Kein Planungsstopp für förderfähige Projekte.
2. Die erwartenden Fördermittel werden bei den Einzelmaßnahmen im Doppelhaushalt berücksichtigt.
3. Maßnahmen aus dem Klimamobilitätsplan werden mit den hieraus entstehenden Spielräumen prioritär umgesetzt.
4. Im Zuge von Straßenerhaltung und Modernisierung von Lichtsignalanlagen sind die Maßnahmen möglichst so zu gestalten, dass sie der nachhaltigen Mobilität und Klimaanpassung gerecht und durch Fördergelder von Bund und Land unterstützt werden können (z.B. indem Fußgängerüberweg, Gehwegnasen oder anderes gleichzeitig umgesetzt werden).

Gez.

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

THH	660 Tiefbauamt
Seite Anmeldeliste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	983/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Neckarinsel e.V. weiterfordern!

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 610 Amt für Stadtplanung und Wohnen.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	50	0
Jahr 2	70	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen
(Mitteilungs-) Vorlage	0815/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die Neckarinsel ist ein grünes Inseldorf zwischen Schleuse und Wasserkraftwerk auf Höhe der König-Karls-Brücke. Erst durch das Engagement des Vereins Neckarinsel e.V. wurde sie für die Öffentlichkeit erlebbar gemacht. So finden dort regelmäßig Veranstaltungen zur Bewusstseinsbildung für den Neckar statt – beispielsweise die seit April 2023 an jedem Sonntag durchgeführte „Offene Insel“ zur Entdeckung und Nutzung der Neckarinsel, Wissenspaziergänge sowie das Format „Critical Nass“, das dazu einlädt, mit Kanus und SUPs den Neckar zu erkunden und dabei Informationen zu Sicherheit und Dynamik des Flusses zu erhalten. Darüber hinaus arbeitet der Verein mit Schulen zum Thema Fluss und Wasser zusammen und beteiligt sich aktiv an der IBA'27.

Die im letzten Haushalt zur Förderung des Vereins eingestellten Mittel konnten aufgrund der späten Haushaltsgenehmigung nicht vollständig abgerufen werden und stehen weiterhin zur Verfügung.

Wir beantragen die übrigen Mittel aus dem Doppelhaushalt 2024/2025 in den kommenden zu übertragen.

Zusätzlich beantragen wir weitere Projektmittel in Höhe von 50.000 Euro für 2026 und 70.000 Euro für 2027. Mit dem erhöhten Betrag im Jahr 2027 soll zusätzliche Ausstellungen und Programm auf der Insel im IBA Zeitraum ermöglicht werden.

Gez.

Andrea Münch

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Stadt am Fluss erlebbar machen – Neckarknie und Schönenstraße aufwerten

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 610 Amt für Stadtplanung und Wohnen 660 Tiefbauamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	100	0
Jahr 2	250	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen 660 Tiefbauamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Im Rahmen der Bewerbung für die Bundesgartenschau (BUGA) möchte Stuttgart die Stadt am Fluss in den Mittelpunkt rücken. Bereits im Kontext der Internationalen Bauausstellung (IBA'27) ist vorgesehen, zumindest die Umgestaltung des Sicherheitshafens voranzubringen.

Damit es auch beim Neckarknie zeitnah sichtbare Ergebnisse gibt, wollen wir Planungs- und Umsetzungsmittel für die Umgestaltung der Schöne- und Badstraße einstellen. Durch die derzeit gesperrte Rosensteinbrücke und deren geplanter Neubau ergibt sich die Möglichkeit, den Straßenraum umzugestalten und insbesondere mehr Platz für den Fuß- und Radverkehr zu schaffen.

Wir beantragen daher 100.000 Euro Planungsmittel beim Amt für Stadtplanung und Wohnen (610) sowie 250.000 Euro Umsetzungsmittel beim Tiefbauamt (660). Die Umsetzungsmittel sollen kostenneutral aus dem Doppelhaushalt 2024/2025 übertragen werden, wo sie dem Tiefbauamt bereits für die Umgestaltung der Badstraße zur Verfügung standen.

Gez.

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Städtebauliche Entwicklung des Statistischen Landesamts in städtischer Hand sichern

Antrag**Die Verwaltung berichtet in den Haushaltsplanberatungen zu folgenden Fragen:**

1. ob die SWSG beabsichtigt, das statistische Landesamt vom Land Baden-Württemberg zu kaufen und zu entwickeln,
2. ob die SWSG das Projekt finanzieren kann, und falls nicht, was sie für eine Finanzierung benötigt,
3. ob das Land Baden-Württemberg bereit und in der Lage ist, das statistische Landesamt direkt an die SWSG zu verkaufen,
4. ob, und falls ja, welche Änderungen am bisher ausgehandelten Vertragswerk zwischen der Landeshauptstadt und dem Land Baden-Württemberg vorgenommen werden müssen,
5. wie die seit vielen Jahren engagierte bürgerschaftliche Initiative vor Ort in die Entwicklung durch die SWSG eingebunden werden kann,
6. wie in der städtischen Finanzplanung Mittel gesichert und gebunden werden können, damit, falls ein Kauf durch die SWSG nicht zustande kommt, die Stadt wie ursprünglich geplant selbst das Statistische Landesamt kaufen kann (z.B. Bindung der davon-Position Wohnraumoffensive).

Begründung:

Wir engagieren uns seit vielen Jahren intensiv für den Erwerb und die Entwicklung des Statistischen Landesamts an der Böblinger Straße am Erwin-Schoettle-Platz. Seit dem Auszug der Landesbehörde steht der Gebäudekomplex leer. Durch seine zentrale Lage im Herzen von Heslach ist die Entwicklung des Geländes von herausragender Bedeutung für die Stadtentwicklung des Stuttgarter Südens. Wie wichtig das für die Bürgerinnen und Bürger im Süden ist, zeigt sich auch durch das große Engagement der ehrenamtlichen Bürgerinitiative vor Ort, die seit Jahren an gemeinwohlorientierten zukünftigen Nutzungen für das Areals arbeitet unter sehr hoher Beteiligung der Bürgerschaft im Süden.

Verunsicherung brachte daher die Ankündigung bei der Haushaltseinbringung, dass die Stadt das Gelände nun doch nicht kaufen soll, dafür aber die SWSG kaufen soll. Für uns ist klar: Eine weitere jahrelange unklare Hängepartie darf es nicht geben, direkter Erwerb und Entwicklung durch private Investoren, bei der die Stadt nur Zaungast wäre, ebensowenig. Deshalb müssen die jetzt neu aufgekommenen Fragen bis zu den Haushaltsberatungen verbindlich geklärt werden, damit die städtebauliche Zukunft im Stuttgarter Süden gesichert ist im Sinne einer Quartiersentwicklung.

Gez.

Florian Pitschel

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

THH	200 Stadtkämmerei 230 Liegenschaftsamt
Seite Anmeldeliste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	1069/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Anfrage vom 21.11.2025

Eingang bei: L/OB

Datum: 21.11.2025

Anfrage

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

CDU

Betreff

Stuttgart Rosenstein

– Bericht zum Status des Stadtentwicklungsprojekts und Ausblick –

Antrag zur Vorlage 1084/2025 MV

Beschlussantrag:

Die erneute Verschiebung der (Teil-)Eröffnung von Stuttgart 21 hat auch Auswirkungen auf die Planungen des Städtebauprojekts Stuttgart Rosenstein.

Wir bitten die Verwaltung daher, bis zur 2. Lesung darzustellen, welche Mittel im städtischen Haushalt und welche Stellenbedarfe aufgrund der Verzögerung später anfallen.

Nach unserer Einschätzung können beispielsweise Mittel für die Baufeldfreimachung und die Sicherung der Bauflächen mindestens um ein Jahr verschoben werden.

Gez.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Beate Schiener

CDU

Alexander Kotz, Fraktionsvorsitzender

Dr. Carl-Christian Vetter, stv. Fraktionsvorsitzender

Klaus Wenk, stv. Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Anlage/n

Keine

Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Verkehrskonzept Degerloch

Antrag

Die noch nicht verausgabten Haushaltsmittel vom DHH 2024/2025 für das Verkehrskonzept Degerloch werden in den Haushalt 2026/2027 übertragen. Das Verkehrskonzept ist derzeit in der Ausschreibung, daher werden die Mittel weiterhin benötigt.

Gez.

Beate Schiener

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen
Seite Anmeldeliste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Weissenhof.Forum auf stabile Beine stellen: Mehrbedarf für den Trägerverein

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	100	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Im Jahr 2027 jährt sich zum 100. Mal der Bau der Werkbundsiedlung am Weissenhof, gleichzeitig findet die Internationale Bauausstellung IBA 2027 statt. Als neuen Ankerpunkt baut die Stadt ein Besucher- und Informationszentrum auf dem Killesberg. Mit Fertigstellung des Weissenhof.Forums und Eröffnung der IBA im Jahr 2027 soll der künftige Betrieb des Weissenhof.Forums durch den Verein der Freunde der Weissenhofsiedlung e.V. erfolgen. Damit nehmen die Aufgaben für den Trägerverein zu. Der Verein Freunde der Weissenhofsiedlung e.V. benötigt deshalb eine Erhöhung der institutionellen Förderung um 100.000 Euro in 2027.

Gez.

Marcel Roth

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Zukunftsfähige Schulen trotz Haushaltskonsolidierung – Handlungsfähigkeit des Qualitätsentwicklungsfonds erhalten

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	108	0
Jahr 2	260	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	Anlage 3 zur 0942/2025 MV, S.1 sowie 1098/2025 BV , S. 2
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	0942/2025 MV
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Der Qualitätsentwicklungsfoonds der Landeshauptstadt Stuttgart unterstützt Schulen dabei, ganzheitliche Schulkonzepte zu entwickeln, die auf die individuellen Bedürfnisse der Schüler*innen eingehen. Solche Maßnahmen sind aufgrund der heterogenen Schülerschaft und den Auswirkungen der aktuellen Bildungsreformen des Landes Baden-Württemberg auch in den kommenden Jahren dringend erforderlich.

Im Haushaltssicherungskonzept zur Konsolidierung bis 2030 (GRDs 1098/2025 BV) wurden alle noch nicht gebundenen Mittel der kommenden beiden Jahre (2026: 216TE und 2027: 521TE) der Haushaltkskonsolidierung zugeführt. Hier wurde, insbesondere angesichts der derzeitigen Veränderungen in der Bildungslandschaft, über das Ziel hinausgeschossen. Daher beantragen wir, zumindest 50 Prozent dieser Gelder zu erhalten, um auch in den kommenden beiden Jahren auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können.

Gez.

Fabian Reger

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhof, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Zusätzliche Mittel für die Aufwertung der Dorotheenstraße einstellen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 660 Tiefbauamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	250	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	660 Tiefbauamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die im Gemeinderat mehrheitlich beschlossene Umgestaltung der Dorotheenstraße in Stuttgart-Mitte ist ein zentraler Baustein der Lebenswerten Innenstadt. Für die Jahre 2027 bis 2030 sind im städtischen Haushalt bereits Mittel zur Aufwertung und Umgestaltung des Straßenraums vorgesehen.

Damit auch das Vorfeld der Markthalle aufgewertet werden kann und etwa Möblierung, Strom- und Wasserversorgung sowie eine Abgrenzung zur Fahrbahn umgesetzt werden können, beantragen wir einen Zuschuss in Höhe von 250.000 Euro an die Märkte Stuttgart GmbH. Die Finanzierung soll aus verbliebenen Mitteln der Pauschale „Lebenswerte Innenstadt“ der Jahre 2024/2025 sowie – falls erforderlich – aus dem Etat 2026 erfolgen.

Der Antrag soll im Rahmen der Haushaltsberatungen zu den Neuen Vorhaben im Zusammenhang mit der Investitionsmaßnahme „Umgestaltung Dorotheenstraße, Mitte, Baumaßnahmen“ (Gemeindestraßen) zur Abstimmung gestellt werden.

Gez.

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender
Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

1. Investieren in die Zukunft

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
CDU
Betreff
Energieberatung und Energieförderung auf gute Beine stellen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 360 Amt für Umweltschutz.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	230	0
Jahr 2	230	0
Jahr 3	80	0
Jahr 4	80	0
Jahr 5	80	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	19, Anl. 4 Pos 2,4
THH	360 Amt für Umweltschutz
(Mitteilungs-) Vorlage	847/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die Energie- und Wärmewende kann nur gelingen, wenn es gelingt, die Stuttgarter Bevölkerung zum Mitmachen zu motivieren. Das städtische Energiesparprogramm und Heizungstauschprogramm sowie die Solarförderung bilden hierfür eine zentrale Grundlage. Ebenso wichtig sind eine qualifizierte Energieberatung durch das Energieberatungszentrum (EBZ) sowie Informations- und Aktivierungsveranstaltungen.

Um diese Angebote langfristig zu sichern und die Energiewende in Stuttgart weiter voranzubringen, sind eine verstetigte Finanzierung und eine verlässliche Struktur notwendig.

Wir beantragen daher, dass die Erstberatung durch das Energieberatungszentrum (EBZ) dauerhaft kostenfrei angeboten und über das städtische Energiesparprogramm finanziert wird. Zudem soll die Grundfinanzierung des EBZ dauerhaft um 80.000 Euro pro Jahr erhöht werden, um eine zukunftsfähige Beratungsstruktur sicherzustellen.

Darüber hinaus werden im Ergebnishaushalt für die Jahre 2026 und 2027 jeweils 150.000 Euro für Veranstaltungen und Aktivierungsmaßnahmen im Bereich der Energie- und Wärmewende bereitgestellt (GRDrs 847/2025, Anlage 4 Position 2).

Gez.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

CDU

Alexander Kotz, Fraktionsvorsitzender

Klaus Wenk, stv. Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Essen macht Klima III – Ernährungsrat StadtRegion Stuttgart: Ergebnisse der Ernährungsstrategie verstetigen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	100	0
Jahr 2	100	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	0989/2025 MV HH_zur Finanzierung
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Der Ernährungsrat Stuttgart (ERS) hat gemeinsam mit zahlreichen Akteur*innen aus Landwirtschaft, Gemüse-Großhandel und -Verarbeitung, Verwaltung, Zivilgesellschaft sowie der Universität Hohenheim in mehreren Workshops eine stadtregionale Ernährungsstrategie für Stuttgart erarbeitet. Diese soll nun präsentiert, diskutiert und schrittweise im entstehenden produktiven Netzwerk des ERS umgesetzt werden.

Ziel ist es, regionale und saisonale Lebensmittel stärker in den Fokus und auf die Teller zu bringen – um CO₂ zu sparen, regionale Wertschöpfung zu stärken und nachhaltiges Wirtschaften im Kreislauf in der Region Stuttgart zu fördern.

Eine rein ehrenamtliche Umsetzung ist dabei nicht realistisch. Es braucht eine professionelle Struktur, um Unternehmen und Verwaltung auf dem Weg der Ernährungstransformation zu begleiten und den Anteil klimafreundlicher Ernährung und landwirtschaftlicher Produktion deutlich zu erhöhen.

Für die operativen Verwaltungskosten des Ernährungsrats beantragen wir 80.000 Euro pro Jahr, für Projektkosten 20.000 Euro pro Jahr für 2026 und 2027.

Die Finanzierung soll innerhalb des im Doppelhaushalt 2026/27 bereits vorgesehenen Budgets für Kreislaufwirtschaft bei S/OB erfolgen.

Gez.

Gabriele Munk

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Fußverkehr stärken – Gehwegnasenprogramm weiterführen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 660 Tiefbauamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	125	0
Jahr 2	125	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	Anl. 5, HSK Pos. 1.5
THH	660 Tiefbauamt
(Mitteilungs-) Vorlage	983/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Auch wenn im Doppelhaushalt 2026/2027 Kürzungen beim Aufwuchs der Budgets für den Rad- und Fußverkehr vorgesehen sind, ist positiv hervorzuheben, dass die Mittel für beide Bereiche in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen sind.

Um den Fußverkehr weiter zu stärken und insbesondere weitere Verbesserungen auf wichtigen Fußrouten und Schulwegen voranzubringen, soll die geplante Kürzung bei der Haushaltsposition "Pauschale Fußgängerüberwege und Gehwegnasen in Außenbezirken" reduziert werden. Wir beantragen daher, die vorgesehene Kürzung um 125.000 Euro pro Jahr zu verringern, sodass zusätzliche Mittel für die Umsetzung von Gehwegnasen bereitstehen.

Gez.

Dr. Sebastian Karl

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
GreenScouts unterstützen und fördern!

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 360 Amt für Umweltschutz.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	50	0
Jahr 2	60	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	360 Amt für Umweltschutz
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die GreenScouts sollen auf ehrenamtlicher Basis die städtischen Ziele der Klimaanpassung und deren Maßnahmen (KLIMAKS) in die Stadtgesellschaft einbringen. Dazu sollen sie den Erstkontakt zu den Haus- und Wohnungsbesitzer*innen aufnehmen und diese über erreichbare Ziele, konkrete Maßnahmen und Fördermittel informieren und an Expert*innen zur vertieften Beratung und Umsetzung vermitteln.

Interessierte für die ehrenamtliche Tätigkeit als GreenScout gilt es anzusprechen, zu vernetzen, ihnen eine feste Ansprechperson bei der Stadt zur Verfügung zu stellen und zu schulen.

Als Vorbild der GreenScouts sehen wir die SolarScouts, die einen großen Anteil an der bürgerschaftlichen Nutzung von Photovoltaik haben und die durch WärmeScouts ergänzt werden sollen.

Zu diesem Zweck beantragen wir 50.000 Euro für das Jahr 2026 und 60.000 Euro für 2027.

Gez.

Andrea Münch

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Hitzeschutz angehen - Machbarkeitsstudie für eine dauerhafte Hitze- und Sonnenschutzlösung auf dem Stuttgarter Marktplatz

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 200 Stadtkämmerei.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	100	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	200 Stadtkämmerei
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Der Stuttgarter Marktplatz ist ein zentraler Aufenthalts- und Veranstaltungsort in der Stadt, der insbesondere in den Sommermonaten durch hohe Temperaturen und direkte Sonneneinstrahlung stark belastet wird. Um die Aufenthaltsqualität und Sicherheit für Besucher*innen sowie die umliegenden Gewerbetreibenden und Veranstaltende zu verbessern, ist eine dauerhafte Lösung für Hitze- und Sonnenschutz dringend erforderlich. Daher gilt es, geeignete Konzepte und Maßnahmen zu entwickeln, die den Marktplatz klimaangepasst, nutzerfreundlich und attraktiv gestalten.

Daher beantragen wir einen Zuschuss für die Stuttgart Marketing in Höhe von 100.000 Euro, um die erforderlichen Planungs- und Vorbereitungsleistungen für eine dauerhafte Lösung auf dem Marktplatz angehen zu können.

Gez.

Heike Ruck

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag (Stellenplanantrag)
zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Klimaneutralität in städtischen Liegenschaften - Verstetigung der Stelle im Umweltamt

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 360 Amt für Umweltschutz.

Änderung im Stellenplan

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW-Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu
4905	1 VZK		36-5.1	Sachbearbeitung (Klimaneutrale Verwaltung/Liegens- chaften)	12	10/2026	

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

THH	360 Amt für Umweltschutz
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Begründung/Erläuterung:

Zur Erreichung des Klimaneutralitätsziels ist die Sanierung der städtischen Liegenschaften elementar. Aktuell gibt es eine Stelle im Umweltamt, die dieses Thema bearbeitet und bis 10/2026 vom Land finanziert ist. Auch danach geht die Aufgabe jedoch weiter, daher soll der KW Vermerk gestrichen und die Stelle verstetigt werden. Aufgrund der Energieeinsparungen in den Liegenschaften ist die Stelle haushaltsneutral.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
CDU
Betreff
Mehr Investitionsmittel für die Energiewende – Eigenkapital der Stadtwerke erhöhen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 200 Stadtkämmerei.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	12.500	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	S. 166 (Doppelhaushaltsplan)
THH	200 Stadtkämmerei
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Um die Energiewende erfolgreich umzusetzen, braucht es starke und handlungsfähige Stadtwerke. Der Gemeinderat hat mit dem Beschluss zum Klimaneutralitätsziel und der dazugehörigen Strategie für die Stadtwerke bereits die Grundlage geschaffen, um die notwendigen Investitionen in erneuerbare Energien, Wärmewende und Infrastruktur voranzubringen.

Die Strategie sieht hierfür einen städtischen Zuschuss von jeweils 50 Millionen Euro in den Jahren 2026 und 2027 vor. Im aktuellen Haushaltsentwurf sind bislang bereits jeweils 25 Millionen Euro für die Jahre 2026 und 2027 vorgesehen. Um den Handlungsspielraum der Stadtwerke zu stärken und die Umsetzung der Energiewende zu beschleunigen, soll der städtische Zuschuss im Jahr 2026 um 12,5 Millionen Euro erhöht werden. Die darüber hinaus benötigten Investitionsmittel sollen die Stadtwerke über Drittmittel am Kapitalmarkt einwerben.

Gez.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

CDU

Alexander Kotz, Fraktionsvorsitzender

Klaus Wenk, stv. Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Mittel für Baumpflanzungen und Grünmaßnahmen erhöhen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 670 Garten-, Friedhofs-, und Forstamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	850	0
Jahr 2	850	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	Anl. 5, Pos. 1.1
THH	670 Garten-, Friedhofs-, und Forstamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1045/205
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2026/2027 ist vorgesehen, das Budget für Baumpflanzungen deutlich um 950.000 Euro bzw. 1.039.000 Euro zu kürzen.

Angesichts der dringenden Notwendigkeit wirksamer Maßnahmen zur Klimaanpassung sind jedoch viel mehr Bäume im Stadtgebiet erforderlich.

Die geplante Mittelkürzung soll daher revidiert und die Mittel aus dem Baumschutzersatzkonto der Baumschutzsatzung in Höhe von 1,7 Millionen Euro vollständig für zusätzliche Baumpflanzungen zum Hitzeschutz und zur Klimaanpassung eingesetzt werden.

Wir beantragen, das Budget für Baumpflanzungen in den Jahren 2026 und 2027 jeweils um 850.000 Euro zu erhöhen. Damit können rund 350 zusätzliche Bäume pro Jahr gepflanzt werden.

Mit Einführung der stadtweiten Baumschutzsatzung ist zudem mit zusätzlichen Einnahmen zu rechnen; diese sollen für weitere Baumpflanzungen verwendet werden.

Gez.

Gabriele Munk

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Schulstraßen in Stuttgart umsetzen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 320 Amt für öffentliche Ordnung.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	100	0
Jahr 2	100	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	320 Amt für öffentliche Ordnung
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu
2180	0,5		32-31.5	Projektkoordination Schulstraßen	A12		

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Schulstraßen sind ein wirksames Instrument, um die Sicherheit im Schulumfeld, insbesondere für Kinder, deutlich zu erhöhen.

Durch die neue Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) und die zugehörige Allgemeine Verwaltungsvorschrift wurde die Einrichtung von Schulstraßen wesentlich erleichtert. Mit dem Erlass „Schulstraßen“ hat die grün-schwarze Landesregierung zudem klare rechtliche Rahmenbedingungen für deren Umsetzung geschaffen.

Für die Falkert-Schule im Stuttgarter Westen liegt bereits ein Beschluss zur Umsetzung in einem Bezirk vor. Weitere Schulgemeinschaften und Bezirke bereiten derzeit entsprechende Initiativen vor.

Um diese Entwicklung zu fördern und weitere Schulstraßen in Stuttgart realisieren zu können, sollen Mitteln für Planung und Umsetzung bereitgestellt werden. Diese sollen insbesondere für Beschilderungen, Einfahrbeschränkungen sowie technische Lösungen zur Zugangskontrollen während Sperrzeiten eingesetzt werden.

Hiezu beantragen wir 100.000 Euro in den Jahren 2026 und 2027 und eine halbe Stelle A12.

Gez.

Dr. Sebastian Karl

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Schulwegesicherheit durch Scancars erhöhen – effizientere Parkraumüberwachung angehen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 320 Amt für öffentliche Ordnung.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	100	0
Jahr 2	0	120
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	320 Amt für öffentliche Ordnung
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Der Einsatz von Scancars kann die Effizienz der Parkraumüberwachung deutlich erhöhen. Bereits ohne Umstellung der Parkscheinautomaten ist in einem ersten Schritt möglich, verkehrsgefährdendes Parken zuverlässig zu erfassen.

Insbesondere an Schulwegen sowie während Veranstaltungen soll verkehrsgefährdendes Parken mit einem Scanfahrzeug gezielt kontrolliert werden können. Hierfür beantragen wir die Bereitstellung von 100.000 Euro im Jahr 2026 im Ergebnishaushalt für die Erstellung eines Umsetzungskonzepts beim Amt für öffentliche Ordnung sowie die Bereitstellung von 120.000 Euro im Jahr 2027 im Finanzhaushalt für die Beschaffung eines Fahrzeugaufsatzen zur Umsetzung.

Gez.

Dr. Sebastian Karl

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Sind die nicht verbrauchten Gelder zur Kofinanzierung des KfW-432 Programms noch vorhanden?

Antrag

Im Entwurf des Bundeshaushalts 2025 sind erneut Mittel für das KfW-432-Programm vorgesehen, nachdem dieses zuvor durch den Bund eingestellt worden war.

Im letzten Doppelhaushalt der Landeshauptstadt Stuttgart wurden für die Kofinanzierung des KfW-432-Programms zweimal 460.000 Euro bereitgestellt, die bislang nicht abgerufen wurden. Da der Bund das Programm nun wieder auflegt, erscheint es uns sinnvoll, dass sich die Stadt um eine Teilnahme bewirbt und zur Kofinanzierung auf die bereits bereitgestellten Mittel zurückgreift.

Wir fragen daher:

1. Können die Haushaltsreste aus der alten KfW-432 Kofinanzierung für eine Kofinanzierung neuer KfW-432 Projekte verwendet werden?
2. Falls nein, wie hoch schätzt die Verwaltung den Bedarf für eine entsprechende Kofinanzierung in den Jahren 2026/2027?

Gez.

Andrea Münch

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

THH	360 Amt für Umweltschutz
Seite Anmeldeliste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	0847/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Soziokulturelles Urban Gardening ermöglichen – Verein "Chloroplast Weilimdorf e.V." unterstützen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 610 Amt für Stadtplanung und Wohnen.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	25	0
Jahr 2	25	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Der gemeinnützige Verein Chloroplast besteht seit 2015 auf dem Gelände der ehemaligen Gärtnerei Walz in Weilimdorf. Vom Voreigentümer, Herrn Walz, wurde dem Verein die Liegenschaft unentgeltlich zur Nutzung überlassen – mit der Auflage, das Gebäude vor dem Verfall zu bewahren, vor Vandalismus zu schützen und sinnvoll zu nutzen.

In den vergangenen zehn Jahren hat der Verein vielfältige Beiträge zu Umwelt- und Klimaschutz, Integration und soziokultureller Teilhabe geleistet und sich zu einem wichtigen Teil des Gemeinwesens in Weilimdorf entwickelt. Der Verein bietet wohnortnah Freiräume für Urban Gardening, Begegnung, Lebensmittelrettung, Tauschmärkte, Integrationsprojekte, handwerkliche Aktivitäten sowie Kunst- und Kulturveranstaltungen, Workshops und Bildungsangebote – etwa das AWO-Sommercamp. Interessierte können die vorhandenen Ressourcen mitnutzen, eigene Ideen einbringen oder sich an Aktivitäten beteiligen.

Zwischenzeitlich hat die Stadt das Gelände erworben und wird ab 2026 erstmals Mietzahlungen erheben. Damit stößt der Verein an seine finanziellen Grenzen. Aufgrund der künftig anfallenden Miet- und Verwaltungskosten sowie des hohen personellen Aufwands im Bereich Foodsharing und beim wöchentlichen Geflüchteten-Café werden ab 2026 zwei Minijobstellen erforderlich.

Wir beantragen daher in den Jahren 2026 und 2027 25.000 Euro als Zuschuss für den Verein.

Gez.

Gabriele Munk

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Stadtacker erhalten – Umzug unterstützen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 610 Amt für Stadtplanung und Wohnen.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	64	0
Jahr 2	64	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die Entwicklung des neuen Rosensteinviertels als auch die geplante Interimsoper vor den Wagenhallen macht einen Umzug des Urban Gardening Projekts Stadtacker nötig. Die Initiative macht nicht nur seit Jahren gemeinschaftliches Gärtnern mitten in der City möglich, sondern hat sich zum soziokulturellen Treffpunkt mit Bildungsauftrag entwickelt. Dabei spielt auch die Naturraumpädagogik eine wichtige Rolle. Zwei Mal pro Woche kommen Schulklassen zum Stadtacker und lernen von der Natur und über sie.

Für uns GRÜNE ist der Stadtacker, mit all seinen Qualitäten und Möglichkeiten, die über den Stadtteil hinausstrahlen, ein besonderer Ort, den wir schützen und weiterentwickeln wollen.

Deshalb beantragen wir dass die übrigen Mittel aus dem Doppelhaushalt 2024/2025 in den kommenden zu übertragen und zusätzliche Mittel in den Jahren 2026/2027 von jeweils 64.000 Euro zur Verfügung stehen.

Gez.

Dr. Sebastian Karl

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Weiterentwicklung Superblock Augustenstraße

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 610 Amt für Stadtplanung und Wohnen 660 Tiefbauamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	50	0
Jahr 2	50	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen 660 Tiefbauamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Der Verkehrsversuch Superblock Augustenstraße in Stuttgart-West wird momentan fachlich ausgewertet. Mit den Ergebnissen rechnen wir im Frühjahr 2026. Der Gemeinderat wird dann über die Zukunft des Superblocks entscheiden. Für den Fall einer Weiterführung und -entwicklung wollen wir ein geringes Budget bereitstellen. Aus diesem könnte Ersatz für die wegfallenden Gartenelemente oder andere Sitzgelegenheiten geschaffen werden. Daneben könnten Beschattungsmaßnahmen, das Einrichten von Lieferzonen oder die Planung von erdgebundenen Bäumen und Beeten finanziert und unterhalten werden.

Gez.

Marcel Roth

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Weiterführung des städtischen Förderprogramms für nachhaltiges Wirtschaften - Gemeinwohl-Ökonomie Baden-Württemberg e.V.

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	20	0
Jahr 2	20	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Wir wollen sicherstellen, dass alle Stuttgarter Unternehmen bei der Umstellung auf nachhaltiges Wirtschaften unterstützt werden. Besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die nicht der CSRD-Berichtspflicht unterliegen, benötigen finanzielle Förderung und fachliche Begleitung, um ihr Nachhaltigkeits-Reporting aufzubauen und weiterzuentwickeln. Mit der Fortführung des städtischen Förderprogramms stellen wir sicher, dass Nachhaltigkeits-Reporting auch in KMU verankert wird und die Gemeinwohlorientierung in der gesamten Wirtschaft gestärkt bleibt. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Gemeinwohl-Ökonomie Baden-Württemberg e.V. bei diesem Vorhaben weiterhin beizususst werden.

gez.

Mehmet İldeş

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Aktivierungsfonds für Bürgernetze: Bürgerschaftliches Engagement für die Wärmewende unterstützen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 360 Amt für Umweltschutz.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	75	0
Jahr 2	75	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	360 Amt für Umweltschutz
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Nahwärmenetze sind ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Wärmeplanung und dienen der nachhaltigen und zukunftsfähigen Wärmeversorgung.

Ohne das Engagement und den Kapitaleinsatz von Bürgerinnen und Bürgern wird die Wärmewende nicht zu schaffen sein. Als Stadt brauchen wir die Unterstützung durch die Zivilgesellschaft. Auf lokaler Ebene haben sich bereits Interessierte zusammengeschlossen – wie die energetische Quartiersgenossenschaft Energie für Botnang eG (EfB) –, um Nahwärmenetze zu konzipieren oder bestehende Nahwärmenetze mit regenerativer Energie zu betreiben oder auszubauen. Diese stoßen jedoch z.B. bei der Finanzierung von Machbarkeitsstudien oder beim Akquirieren weiterer Interessenten an Grenzen.

Um bürgerschaftliches Engagement für die Wärmewende gezielt zu unterstützen, soll ein Aktivierungsfonds in Höhe von jeweils 75.000 Euro für die Jahre 2026 und 2027 eingerichtet werden.

Gez.

Andrea Münch

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

3. Sozialen Zusammenhalt stärken

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Angebot "ProKids" für Kinder aus belasteten Familien sicherstellen – Mehrbedarf Mietkosten übernehmen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	33	0
Jahr 2	33	0
Jahr 3	33	0
Jahr 4	33	0
Jahr 5	33	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	0985/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen aus vulnerablen Bevölkerungsgruppen ist besonders stark belastet. Das Projekt ProKids der Caritas Stuttgart unterstützt Familien und Kinder in belasteten Lebenssituationen mit frühzeitiger Beratung und Begleitung. Aufgrund gestiegener Mietkosten ist eine Erhöhung des Zuschusses um 33.000 Euro p.a. erforderlich, um die präventive Arbeit von ProKids langfristig abzusichern.

Gez.

Heike Ruck

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Anpassung des Jugendaratsbudgets zur Sicherung der Handlungsfähigkeit

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 100 Haupt- und Personalamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	7,9	0
Jahr 2	7,9	0
Jahr 3	7,9	0
Jahr 4	7,9	0
Jahr 5	7,9	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	100 Haupt- und Personalamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Der Jugendrat spielt eine bedeutende Rolle in der Stuttgarter Kommunalpolitik und ermöglicht durch seine niedrigschwlligen, von Jugendlichen gestalteten Angebote politische Beteiligung auf Augenhöhe. Die damit verbundene Erfahrung von Mitbestimmung und eigener Wirkung stärkt junge Menschen und damit unsere demokratische Kultur. Damit der Jugendrat seine Aufgaben auch unter steigenden Kosten verlässlich erfüllen kann, braucht es eine Anpassung des jährlichen Budgets von derzeit 92.100 Euro auf 100.000 Euro.

gez.

Mehmet İldeş

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Baukostenzuschuss Bauzug 3YG: Umzug der Waggons abschließen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	100	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die Vorbereitung zur Entwicklung des neuen Quartiers Rosenstein hat einen Umzug des Subkulturprojekts Bauzug 3YG notwendig gemacht. Der nun genehmigte und bereits begonnene Bau auf der neuen Fläche direkt neben der S-Bahn-Station Nordbahnhof hat sich erneut verteuert. Insbesondere der Lärmriegel hin zur Geflüchtetenunterkunft steht unter Finanzierungsvorbehalt.

Wir wollen, dass der Umzug erfolgreich abgeschlossen werden kann. Dadurch erhält die Stadt hier weitere Künstler*innen-Ateliers und einen unangepassten Ort, der in Stuttgart dringend gebraucht wird.

Gez.

Marcel Roth

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Baukostenzuschuss contain't e.V.: Neuer P7-Fläche Leben einhauchen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	200	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die Entwicklung des neuen Rosensteinviertels sowie die geplante Interimsoper vor den Wagenhallen hat einen Umzug des Subkulturvereins contain't erzwungen. Mit der neuen P7-Fläche im Cannstatter Neckarpark haben contain't und der Skateverein NORDIY – unterstützt durch den Gemeinderat – eine neue Heimat gefunden.

Um die P7-Fläche, die 5.000 m² groß ist, zu entwickeln, braucht es einen Baukostenzuschuss. Damit wollen wir den neuen Ort und eine junge, kreative Szene unterstützen. Die geplante Nutzung durch contain't und NorDIY bietet eine seltene Chance, gemeinwohlorientierte, alternativkulturelle Konzepte in die Stadtentwicklung zu integrieren.

Gez.

Marcel Roth

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhif, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Bürgerschaftliches Engagement im sozialen Bereich erhalten – "Treffpunkt Süd" für Menschen mit psychischer Erkrankung oder Beeinträchtigung weiter unterstützen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	2,5	0
Jahr 2	2,5	0
Jahr 3	2,5	0
Jahr 4	2,5	0
Jahr 5	2,5	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Der „Treffpunkt Süd“ engagiert sich seit 1981 in Stuttgart für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Beeinträchtigungen und setzt sich bis heute für die Belange psychisch erkrankter Menschen und ihre Partizipation ein. Der „Treffpunkt Süd“ steht für Begegnung auf Augenhöhe, ohne Vorurteile und Stigmatisierung, und gegen Vereinsamung und Isolierung. Diese wichtige ehrenamtliche Arbeit möchten wir auch weiterhin unterstützen. Daher beantragen wir, den „Treffpunkt Süd“ in Bad Cannstatt auch weiterhin mit 2.500 Euro im Jahr zu fördern.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Fabian Reger

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Chancen, Gleichstellung und Fachkräfte sicherung voranbringen – Berufliche Förderung, Beratung und Begleitung von Migrantinnen bei der Kontaktstellen Frau und Beruf (BeFF) kofinanzieren

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	20	0
Jahr 2	22	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die Kontaktstelle Frau und Beruf Stuttgart verzeichnet eine stark steigende Nachfrage von Migrantinnen nach individueller Beratung und Begleitung im Prozess der beruflichen Integration. Diese Zielgruppe steht aufgrund sprachlicher, kultureller und struktureller Hürden vor besonderen Herausforderungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt.

Die Stelle wird vom Wirtschaftsministerium kofinanziert. Doch für die Umsetzung der Maßnahme ist eine kommunale Kofinanzierung notwendig, um den Eigenanteil des Trägers sicherzustellen und die Beratungsarbeit aufrechtzuerhalten. Daher beantragen wie die Kofinanzierung einer 50%-Stelle bei BeFF- Berufliche Förderung von Frauen.

Mit der beantragten Förderung durch die Landeshauptstadt Stuttgart kann die qualifizierte Beratung und Begleitung von Migrantinnen fortgeführt werden. Das Angebot leistet einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Integration, Chancengleichheit und Fachkräftesicherung in Stuttgart und unterstützt die städtischen Ziele in den Bereichen Integration, Gleichstellung und Arbeitsmarktpolitik.

Gez.

Heike Ruck

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Die Chance zurück ins System – Clearingstelle für Personen mit prekärem Krankenversichertenstatus

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 530 Gesundheitsamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	152,4	0
Jahr 2	173,4	0
Jahr 3	183,8	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	530 Gesundheitsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0982-2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Wir beantragen die Förderung einer Clearingstelle bei der Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung. Die Clearingstelle soll innerhalb eines 3-jährigen Projektzeitraums als zentrale Anlaufstelle dienen, um mit der notwendigen Expertise Betroffene bei der Reintegration in das Krankenversicherungssystem zu unterstützen und so die Zahl der Menschen in Stuttgart, die ohne Krankenversicherung leben, zu reduzieren.

Gez.

Afina Albrecht

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Engagement verdient Anerkennung – Sachkosten zur Einführung der landesweiten Ehrenamtskarte

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 100 Haupt- und Personalamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	20	0
Jahr 2	30	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	100 Haupt- und Personalamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1040/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Engagement verdient Anerkennung. Ehrenamtliches Engagement bildet eine unverzichtbare Säule unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dieses Engagement ist keineswegs selbstverständlich und verdient nicht nur unsere ideelle Anerkennung, sondern auch eine sichtbare Wertschätzung. Daher wird freiwilliges und ehrenamtliches Engagement durch die Stadt Stuttgart bereits seit langem gefördert und unterstützt. Insbesondere auch in Zeiten knapper kommunaler Haushalte ist es entscheidend, das Ehrenamt gezielt zu fördern, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.

Daher hat der Gemeinderat mit der GRDrs 0532/2025 AN-BV01 die Einführung der landesweiten Ehrenamtskarte beschlossen. Um die Umsetzung zu gewährleisten, braucht es nun noch die entsprechenden Sachkosten zur Einführung (Öffentlichkeitsarbeit, Versand der Karten sowie eine Evaluation). Dafür ist es notwendig, die benötigten Mittel in Höhe von 20.000 Euro in 2026 und 30.000 Euro in 2027 bereitzustellen.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Fabian Reger

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Förderung von Empowerment und gesellschaftlicher Teilhabe – Sozialdienst muslimischer Frauen Stuttgart e.V.

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	80	0
Jahr 2	80	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Der SmF-Stuttgart e.V. ist ein Verein in Stuttgart zur Förderung von sozialer Gerechtigkeit, Empowerment und gesellschaftlicher Teilhabe für Frauen, Kinder, Jugendliche, Familien, Geflüchtete und Menschen in besonderen Lebenslagen. Der Verein schafft durch Beratungen, Workshops und Gesprächskreise geschützte Räume, in denen Partizipation, Demokratieförderung, Gewaltprävention und der Abbau von Diskriminierung aktiv gestärkt werden. Angesichts der hohen Nachfrage und des Auslaufens bisheriger Förderungen soll dieses lokal verankerte Projekt gesichert werden.

Gez.

Mehmet İldeş

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Fortführung MIA – Medienkompetenz für Mädchen* und Junge Frauen*

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	18,5	0
Jahr 2	18,5	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Für die Fortführung des erfolgreichen Projekts "MIA – Medienkompetenz für Mädchen* und Junge Frauen**" braucht es die Verlängerung der auslaufenden 0,25 Stelle bei dem Träger Lagaya. Medienkompetenz und präventive Unterstützung von Mädchen* und jungen Frauen* ist insbesondere in Zeiten von KI, Cyberstalking und Cybergrooming unerlässlich, stärkend und vorbeugend.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Afina Albrecht

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Hilfe zum Ausstieg – Kunsttherapie für Frauen in der Prostitution im Café La Strada

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 530 Gesundheitsamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	5	0
Jahr 2	5	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	530 Gesundheitsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Der Stuttgarter Verein inga e.V. unterstützt den Ausstieg aus der Prostitution auf vielfältige Weise und setzt sich für Frauen ein, die durch ihre Arbeit in der Prostitution in seelische, gesundheitliche, rechtliche oder finanzielle Notlagen geraten sind. Er begleitet über die Institutionen ZORA gGmbH, Lagaya e.V. und die Caritas (Café La Strada) schnell, unbürokratisch und direkt Frauen, ihren Weg in ein selbstbestimmtes und stabiles Leben erfolgreich zu gestalten und den Ausstieg aus der Prostitution langfristig zu meistern. Ein zentraler Baustein des Konzepts ist die Kunsttherapie. Sie spielt eine wichtige Rolle bei der Verarbeitung traumatischer Erfahrungen in der Prostitution. Mit 5.000 EUR pro Jahr kann das bestehende Angebot aufrechterhalten und teilweise erweitert werden.

Gez.

Fabian Reger

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff inklusiv. bewegt. – Sicherung und Fortführung der inklusiven Tanzangebote von ZEIT ZUM TANZEN e. V.

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	7	0
Jahr 2	7	0
Jahr 3	7	0
Jahr 4	7	0
Jahr 5	7	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

ZEIT ZUM TANZEN e.V. ist ein gemeinnütziger, inklusiver Verein, der seit vielen Jahren Bürger*innen mit und ohne Handicap in Stuttgart soziale Teilhabe, Begegnung und gemeinsames Erleben durch Tanz ermöglicht. Der Verein erreicht mit seinen regelmäßigen Veranstaltungen eine große Zahl von Teilnehmenden und fördert Inklusion und Begegnung. Insbesondere für Menschen mit Behinderung und geringem Einkommen leistet ZEIT ZUM TANZEN e.V. einen wichtigen Beitrag zur sozialen Teilhabe, Inklusion und Gesundheitsförderung.

Der Verein wurde bislang durch die Landeshauptstadt Stuttgart mit 20.000 Euro unterstützt. Nun ist im Rahmen der Haushaltskonsolidierung eine 50% Kürzung vorgesehen. Dies erachten wir nicht für sachgerecht und beantragen daher ZEIT ZUM TANZEN zukünftig mit insgesamt 17.000 Euro zu unterstützen.

Gez.

Heike Ruck

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Jüdisch-muslimischen Dialog stärken – Projekt „Schalom und Salam“

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	80	0
Jahr 2	80	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Schalom und Salam ist ein zentrales Bildungs- und Dialogprojekt in Stuttgart zur Prävention von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus. Das Projekt bringt jüdische und muslimische Perspektiven zusammen und schafft geschützte Räume, in denen durch gestalterische Formate Dialog, Empathie und Verantwortung gefördert werden. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Relevanz und nach Auslaufen bisheriger Förderungen soll dieses lokal verankerte Projekt gesichert und nachhaltig unterstützt werden.

Gez.

Mehmet İldeş

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Kostenfreie Bibliotheksausweise für volljährige Schüler*innen und Auszubildende

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	20	0
Jahr 2	20	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Für viele Schüler*innen und Auszubildende bleibt der Zugang zu Bildung auch nach dem 18. Lebensjahr zentral, doch mit der Volljährigkeit entfällt der kostenfreie Bibliotheksausweis trotz fortbestehender Ausbildung und knapper Mittel. Da Bibliotheken wichtige Lernorte und Zugang zu Fachliteratur bieten, soll die kostenlose Nutzung für volljährige Schüler*innen und Auszubildende gesichert und unterstützt werden.

gez.

Mehmet İldeş

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Kultur, Teilhabe und Gemeinschaft im Quartier sichern – Institutionelle Förderung für MGV Stuttgart-Berg

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	39,88	0
Jahr 2	39,88	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Wir beantragen die institutionelle Förderung für MGV Stuttgart-Berg e.V. Der MGV Stuttgart-Berg hat sich zu einer wichtigen Institution im Quartier entwickelt, wo nachbarschaftliche Beziehungen und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt sowie Räume für Teilhabe und Begegnung geschaffen werden. Er stellt zudem, nicht nur mit seinen zahlreichen Chören, eine wichtige Bereicherung der Stuttgarter Kulturlandschaft dar. Diese vielfältige und vielschichtige Arbeit ist mittlerweile nicht mehr rein ehrenamtlich zu koordinieren. Mit der institutionellen Förderung wollen wir den Verein auf seinem Weg zum Soziokulturellen Zentrum stärken, damit er dauerhaft und nachhaltig allen Menschen im Stadtteil einen niedrigschwelligen Zugang zu Kultur und Gemeinschaft ermöglichen kann.

Gez.

Afina Albrecht

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
CDU
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Kulturförderung – mit Maß und Mitte sparen, geschaffene Strukturen sichern, Neues ermöglichen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

WICHTIG:

Die unter ‚Finanzielle Auswirkungen‘ dargestellten Summen sind nicht maßgeblich; verbindlich sind die in den Anlagen dargestellten Beträge.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Stuttgart steht zum ersten Mal seit vielen Jahren vor einem Sparhaushalt - und das in Zeiten, in denen die gesellschaftliche Polarisierung zunimmt. Der Kultur kommt gerade jetzt eine besondere Bedeutung zu: sie verbindet, sie schafft Begegnungen, fordert uns heraus und richtet wichtige Fragen an unsere Stadtgesellschaft.

Die von der Finanzverwaltung erwarteten Einsparungen in Höhe von 11,5 Mio. Euro für 2026 und 9 Mio. Euro für 2027 sind für den Kulturbereich angesichts gestiegener Personalkosten, hoher Energiepreise und einer immer noch spürbaren Inflationsrate nicht leistbar und würden die lebendige und vielfältige Kulturlandschaft unserer Stadt gefährden.

Umgerechnet auf den sogenannten Deckungsring der geförderten Kultureinrichtungen, der 2025 auf ein Volumen von circa 49 Mio. Euro kommt und damit zu 37 Prozent der Ausgaben für kulturelle Angebote der Stadt Stuttgart beiträgt, würde das allein für das kommende Jahr unzumutbare Kürzungen von knapp 4,3 Mio. Euro bedeuten.

Deshalb beantragen wir, die auch im Kulturbereich notwendigen Einsparungen in den kommenden beiden Jahren auf jeweils 5 Mio. Euro zu begrenzen, wie dies auch vom Kulturamt im Rahmen seiner Ämtervorlage 1019/25 MV HH in Anlage 8 vorgeschlagen wird. Ausgehend von diesem neuen, reduzierten Gesamtbetrag bedeutet das für den Bereich der Kulturförderung, der im Deckungsring abgebildet ist, eine Kürzung von 1,835 Mio. im Jahr 2026 und 1,878 Mio. Euro im Jahr 2027.

Um diese Beträge zu erreichen, haben wir konkrete Einsparvorschläge erarbeitet, die im Einzelnen in den Anlagen 1 + 2 dargestellt sind. Da diese Vorschläge die Kürzungsvorgaben nicht in vollem Umfang erfüllen, ist eine pauschale Kürzung innerhalb des Deckungsringes unerlässlich, die jedoch aus unserer Sicht nicht mehr als zwei Prozent im Doppelhaushalt betragen sollte.

Außerdem wollen wir den Wunsch der Sachkundigen im Ausschuss für Kultur und Medien aufgreifen und einen Grenzbetrag einführen, der bei 20.000 Euro im Jahr liegen soll. Damit werden alle Zuschussempfänger, die 20.000 Euro und weniger Förderung im Jahr von der Stadt erhalten, von der pauschalen Kürzung ausgenommen, immerhin 139 von aktuell 320 Zuschussempfängern. Ebenfalls davon befreit sind sämtliche Zuschusspositionen, die in den Anlagen 1 + 2 bereits im Einzelnen reduziert werden.

Wir erwarten von der Verwaltung zur 1. Lesung einen Finanzierungsvorschlag, wie diese drei genannten Ziele im Einzelnen erreicht werden können.

Da zudem Ende dieses Jahres eine Reihe von Förderungen auslaufen, beantragen wir in Anlage 3 für die dort genannten Kultureinrichtungen eine Fortsetzung des städtischen Zuschusses, wobei dafür in den allermeisten Fällen eine 20-prozentige Kürzung der bisherigen Zuschusshöhe notwendig wird. Notwendig deshalb, weil diese Förderungen nicht mit zusätzlichem Geld, sondern nur durch Umschichtungen innerhalb des Deckungsringes finanziert werden können und dafür dieser Solidarbeitrag zur Zielerreichung Voraussetzung ist.

Alles in allem müssen wir also im Deckungsring nicht nur die, wenn auch reduzierten Einsparvorgaben der Finanzverwaltung für die beiden kommenden Jahre erfüllen, sondern wollen dort weitere rund 1,2 Mio. Euro zugunsten bisher geförderter Kultureinrichtungen kürzen, deren auslaufende Förderung wir auch in den kommenden Jahren fortführen wollen, da diese Einrichtungen eine wichtige Bereicherung der Stuttgarter Kulturlandschaft darstellen.

Gezeichnet:

CDU

Alexander Kotz (Fraktionsvorsitzender)

Jürgen Sauer

Bündnis 90 /Die Grünen

Petra Rühle (Fraktionsvorsitzende)

Marcel Roth

Streichungen, Kürzungen und Umschichtungen im „Deckungsring Kultur“ (Anlage 1)

1. Freie Kunstschule Stuttgart e.V. 257.700,-)	komplett (-
2. Performance Electrics gGmbH 10.000,-)	komplett (-
3. Atelierförderung / Mietzuschüsse 53.300,-)	33 Prozent (-
4. Jurierter Förderfonds Bildende Kunst/Medienkunst	33 Prozent (- 45.700,-)
5. Atelierförderung / Instandsetzungszuschüsse 7.100,-)	50 Prozent (-
6. Jurykosten Bildende Kunst/Medienkunst	komplett (- 4.800,-)
7. Unterhaltung von Kunstwerken 13.000,-) (Neuer Vorschlag dazu in Ziffer 42. <u>Restaurierung städtischer Kunstwerke im öffentlichen Raum</u>)	komplett (-
8. Freie Tanz- und Theaterszene gUG (Kürzung der Mittel für eigene Projekte und Veranstaltungen von 162.000,- auf 109.200,- + Ergänzender Vorschlag dazu in Ziffer 45. <u>Synergieeffekte Freie Szene und Privattheater</u>)	20 Prozent (-52.800,-)
9. Eurythmeum e.V.	33 Prozent (- 27.200,-)
10. Jurierter Förderfonds Theater und Tanz 198.000,-)	33 Prozent (-
11. Abspiel- und Wiederaufnahmeförderung	25 Prozent (- 65.000,-)
12. Projektmittel Kultur am Nachmittag 75.000,-)	komplett (-
13. Projektmittel Amateurtheater	33 Prozent (- 4.000,-)
14. Förderfonds Film 24.600,-)	50 Prozent (-
15. Internationaler Kultauraustausch	komplett (- 23.200,-)

16. Institut Francais Stuttgart - Kulturprojekte 15.000,-)	komplett	(-
17. Jurierter Förderfonds Interkultur (Neuer Vorschlag dazu in Ziffer 43. <u>Förderfonds Kulturelle Teilhabe</u>)	komplett	(- 71.500,-)
18. Kulturelle Einzelveranstaltungen Interkultur 31.100,-)	50 Prozent	(-
19. Innofonds Kulturelle Bildung 99.000,-)	komplett	(-
(Neuer Vorschlag dazu in Ziffer 43. <u>Förderfonds Kulturelle Teilhabe</u>)		
20. Stuttgarter Symposion - Publikationen 1.850,-)	komplett	(-
21. Projektmittel Medienkunst	33 Prozent	(- 3.300,-)
22. LitSpaz - Literatur-Spaziergänge Hahn, Kusiek & Laing (- 4.800,-)	komplett	
23. Jurierter Förderfonds Literatur und Philosophie 53.000,-)	50 Prozent	(-
24. Sonstige Projektförderung Literatur + Philosophie 4.100,-)	komplett	(-
25. Hannsmann-Poethen-Literaturstipendium 17.500,-)	komplett	(-
26. Cotta-Literatur- und Übersetzerpreis 14.000,-)	komplett	(-
27. Literaturstipendium (jährlich) 3.600,-)	komplett	(-
28. Musik Podium Stuttgart e.V.)	33 Prozent	(- 110.900,-)
29. Hotel Central	15 Prozent	(- 7.500,-)
30. Pop Büro Region Stuttgart: Pop-Produktionsstipendien 11.500,-)	33 Prozent	(-
31. LiedKunst KunstLied e.V. 5.000,-)	20 Prozent	(-
32. Veranstaltungsreihe „radioSchauen“	50 Prozent	(- 9.200,-)
33. Beteiligung an der Verleihung des Jazz Preises BW 2.000,-)	komplett	(-

34. Jurierter Förderfonds Musik	33 Prozent (- 57.200,-)
35. Kompositionspreis der Landeshauptstadt Stuttgart 20.000,-)	50 Prozent (-
36. Förderfonds Kulturelle Zwischennutzung	80 Prozent (- 40.000,-)
37. Projektförderung Soziokultur 5.700,-) (Neuer Vorschlag dazu in Ziffer 43. <u>Förderfonds Kulturelle Teilhabe</u>)	komplett (-
38. Stuttgarter Modell für Ausstellungshonorare 105.000,-) (Ergänzender Vorschlag dazu in Ziffer 46. <u>Anpassung Stuttgarter Modell für Ausstellungs- honorare</u>)	50 Prozent (-
39. Erhöhung Juryhonorare, Einf. Mentor*innenmodell 42.500,-)	komplett (-
40. Jubiläumsgaben 10.000,-)	komplett (-
41. Entwicklungstreiber für Kultur 110.000,-) (Neuer Vorschlag dazu in Ziffer 43. <u>Förderfonds Kulturelle Teilhabe</u>)	komplett (-
42. (neu) <u>Restaurierung städtischer Kunstwerke im öffentlichen Raum</u> 50.000,-)	(+

Anstelle der in Ziffer 7. gestrichenen Position „Unterhaltung von Kunstwerken“ beantragen wir die Schaffung der neuen Position „Restaurierung städtischer Kunstwerke im öffentlichen Raum“ mit einem jährlichen Förderbetrag von 50.000,-. Die Notwendigkeit dafür begründet sich aus der GRDrs 1099/2025 (Kunst im öffentlichen Raum - Erfolge, Wirkung und Perspek-tiven), wonach von 65 restaurierungsbedürftigen Kunstobjekten im Eigentum der Stadt bisher 45 unberücksichtigt geblieben sind, weshalb diese Arbeit mit dem beantragten Etat fortgesetzt werden soll.

43. (neu) <u>Förderfonds Kulturelle Teilhabe</u> 100.000,-)	(+
----------------------------------------------------------------	----

In diesem ebenfalls neu geschaffenen Förderfonds sollen künftig auf Vorschlag des Kultur-amtes die bisher im Deckungsring enthaltenen Positionen „Jurierter Förderfonds Inter-kultur“, „Innofonds Kulturelle Bildung“, „Projektförderung Soziokultur“ und „Entwicklungs-treiber für Kultur“ zusammengeführt werden. Wir folgen diesem Vorschlag, streichen deshalb bei den Ziffern 17, 19, 37 und 41 dieser Anlage die jeweiligen bisherigen Beträge und beantragen die für diesen neuen Förderfonds notwendigen finanziellen Mittel in Höhe von 100.000,- p.a. verbunden

mit der Bitte, zur 1. Lesung mehr über den Fonds und seine künftigen Inhalte von der Kulturverwaltung zu erfahren.

Summe jährliche EINSPARUNGEN
1.566.650,-

44. Umwidmung der Mittel innerhalb des Förderfonds Kultur im öffentlichen Raum

Nachdem die bisherigen Zuschusstitel „Kunst im öffentlichen Raum (KiöR), „Allgemeiner Förderfonds KiöR“, „Kleiner Förderfonds KiöR“ sowie „Kontextbezogener Förderfonds KiöR“ Ende des Jahres auslaufen und aus finanziellen Gründen nicht mehr verlängert werden können, beantragen wir, den weiterhin bestehenden Förderfonds „Kunst im öffentlichen Raum - Projektförderung“ mit 100.000 Euro p.a. ungeteilt im Deckungsring stehen zu lassen und zukünftig für die bisherigen Aufgaben dieser vier Zuschusstitel zu nutzen. Auch hierfür erwarten wir von der Kulturverwaltung zur 1. Lesung entsprechende Gestaltungsvorschläge.

45. Synergieeffekte Freie Szene und Privattheater

Die Freie Tanz- und Theaterszene leidet unter Raummangel für Aufführungen und Proben. Daher beantragen wir einen moderierten Prozess zwischen Kulturamt, der Freien Tanz- und Theaterszene sowie der Solidargemeinschaft Stuttgarter Theater, der bessere Synergie-effekte ausloten soll. Dabei verfolgen wir das Ziel, dass die von der Stadt geförderten Privattheater Slots in ihren Häusern für Aufführungen und Proben der Freien Szene anbieten.

46. Anpassung Stuttgarter Modell für Ausstellungshonorare

Das bisherige Modellprojekt für Ausstellungshonorare wird weiterentwickelt und an den Bedarf angepasst. Hierbei ist elementar, dass insbesondere kleine Institutionen mit einer institutionellen Förderung, die für eine angemessene Vergütung der ausstellenden Künstlerinnen und Künstler nicht auskömmlich ist, künftig bei der Vergabe der zur Verfügung stehenden Mitteln Vorrang erhalten.

Streichungen + Kürzungen Festivalförderung DHH 2026/27 (Anlage 2)						
Festival	jährlich	Erläuterungen		Förderung 2025	Einsparung	Kürzung in Prozent
Sparte Darstellende Kunst						
COLOURS-International Dance Festival (Gauthier Dance)	nein	Jährliche Förderung liegt ab 2026 wieder bei 225.000,-.		325.000,- p.a.	45.000,- p.a.	-20%
Kinder- und Jugendtheater Festival Schöne Aussicht (JES)	nein			96.100,- p.a.	19.200,- p.a.	-20%
Stuttgarter Europa Theater Treffen (SETT, Theater tri-bühne e.V.)	nein			81.000,- p.a.	40.500,- p.a.	-50%
Internationales Solo-Tanz-Theater-Festival (vhs stuttgart e.V.)	ja			65.000,- p.a.	32.500,- p.a.	-50%
6 tage frei. Festival der freien darst. Künste (Theater Rampe e.V.)	nein			49.000,- p.a.	24.500,- p.a.	-50%
AMA, Afrika, Roma (Theater Olgaeck)	ja			35.000,- p.a.	17.500,- p.a.	-50%
Theatertage in Klein Paris (Theater am Fenster e.V.)				20.000,- p.a.	20.000,- p.a.	-100%
Kabarett-Preis (Stuttgarter Besen: Renitenztheater e.V.)				15.000,- p.a.	15.000,- p.a.	-100%
Sparte Film						
Indisches Filmfestival (Filmbüro BW e.V.)	ja	Fortführung erhöhter Zuschuss von 86.000 Euro - 20% über 2025 hinaus.		148.500,- p.a.		
Filmschau BW und Jugendfilmpreis (Filmbüro BW e.V.)	ja			44.700,- p.a.	22.300,- p.a.	-50%
Stuttgarter Kinderfilmtage (vhs)	ja			34.000,- p.a.	6.800,- p.a.	-20%
Französische Filmtage (Filmtage Tübingen Stuttgart e.V.)	ja			34.000,- p.a.	17.000,- p.a.	-50%
Arabisches Filmfestival	ja			15.000,- p.a.	7.500,- p.a.	-50%
Cine Latino Cine Espanol (Filmtage Tübingen-Stuttgart e.V.)	ja			15.000,- p.a.	7.500,- p.a.	-50%
verschiedene Länderfestivals				9.500,- p.a.	9.500,- p.a.	-100%
Sparte Interkultur						
Forum der Kulturen: Theaterfestival "Made in Germany"	nein	Umwidmung für höheren institutionellen Zuschuss des Forums der Kulturen.		15.000,- p.a.	7.500,- p.a.	-50%
Forum der Kulturen: Theaterfestival "Made in Stuttgart"	nein	Umwidmung für höheren institutionellen Zuschuss des Forums der Kulturen.		15.000,- p.a.	7.500,- p.a.	-50%
Sparte Kunst im öffentlichen Raum (KiöR)						
PFFFESTIVAL	ja	Fortführung der erhöhten Förderung von 120.000 Euro - 20% über 2025 hinaus.		120.000,- p.a.		
Nachtsicht Festival		Zuschuss (2026: 30.000,- / 2027: 50.000,-) wird komplett gestrichen.		50.000,- p.a.	30.000,- / 50.000,-	-100%
Sparte Literatur + Philosophie						
Stuttgarter Kriminächte e.V.	ja			57.200,- p.a.	11.400,- p.a.	-20%
Stuttgarter Literaturfestival				205.200,- p.a.	205.200,- p.a.	-100%
Spoken Arts (Akademie für gesprochenes Wort)	nein	Fortführung der jährlichen Förderung von 80.000 Euro - 20% über 2026 hinaus.		80.000,- p.a.		
Stuttgarter Buchwochen	ja			20.000,- p.a.	4.000,- p.a.	-20%
Stuttgarter Kinder- und Jugendbuchwochen (Börsenverband Dt. Buchhandel)	ja			34.320,- p.a.	6.800,- p.a.	-20%
Comic JuJu e.V.	nein			20.000,- p.a.	10.000,- p.a.	-50%
Sparte Musik						
GdF jazzopen e.V.	ja			80.000,- p.a.	40.000,- p.a.	-50%
Jazzstadt Stuttgart / Jazzclub Kiste	ja			50.000,- p.a.	10.000,- p.a.	-20%
Umsonst & Draußen Kultur e.V.	ja			31.000,- p.a.	6.200,- p.a.	-20%
Yidishe Lider	ja			30.000,- p.a.	6.000,- p.a.	-20%
Xciting Festival	ja			20.000,- p.a.	4.000,- p.a.	-20%
Camp e.V.				4.800,- p.a.	4.800,- p.a.	-100%
Pop-Büro Region Stuttgart: ABOUT POP Festival/Convention	ja			150.000,- p.a.	30.000,- p.a.	-20%
Internationale Bachakademie (Festival Musikfest Stuttgart)	ja	Umwidmung für höheren institutionellen Zuschuss der Internationalen Bachakademie.		334.150,- p.a.	66.800,- p.a.	-20%
Eclat (Musik der Jahrhunderte)	ja			222.000,- p.a.	44.400,- p.a.	-20%
				Summe 2026	779.400 €	abzüglich
				Summe 2027	799.400 €	abzüglich
				Einsparungen	im Jahr 2026	614.600 €
				Einsparungen	im Jahr 2027	570.600 €

Mehrbedarfe Deckungsring 2026/27 (Anlage 3)

Antragstellende	Antrag auf	Förderung 2025	Mehrbedarf 2026	Mehrbedarf 2027	Unbefristet
Kultur - Stadtteilfeste Kulturprogramme	Fortführung Ende 2025 auslaufende institutionelle Förderung auf der Grundlage der Bewilligungssumme von 2025	250.000 €	165.000 €	165.000 €	ja
contain't e.V.	Fortführung auslaufende institutionelle Förderung - 20 %	191.200 €	153.000 €	153.000 €	ja
Kulturinsel Stuttgart gGmbH	Fortführung institutionelle Förderung - 20 %	183.000 €	146.400 €	146.400 €	ja
Fläche e.V.	Fortführung auslaufende institutionelle Förderung - 20 % (befristet bis Abschluss Zwischennutzung Schwabenbräu-Passage)	161.300 €	129.000 €	129.000 €	nein
Citizen.KANE.Kollektiv e.V.	Fortführung auslaufende institutionelle Förderung - 20 %	160.000 €	128.000 €	128.000 €	ja
Herbordt/Mohren GbR	Fortführung auslaufende institutionelle Förderung - 20 %	150.000 €	120.000 €	120.000 €	ja
Kulturinitiative Bohnenviertel e.V.	Fortführung auslaufende institutionelle Förderung	65.000 €	65.000 €	65.000 €	ja
figure humaine kammerchor e.V.	Fortführung auslaufende institutionelle Förderung - 20 %	75.000 €	60.000 €	60.000 €	ja
Kunstverein Wagenhalle e.V.	Fortführung auslaufende institutionelle Förderung - 20 %	60.000 €	48.000 €	48.000 €	ja
Props e.V.	Fortführung auslaufende institutionelle Förderung - 20 %	56.700 €	45.400 €	45.400 €	ja
GÜTESIEGEL KULTUR*	Fortführung auslaufende institutionelle Förderung - 20 %	50.000 €	40.000 €	40.000 €	ja
Club Kollektiv Stuttgart e.V.	Fortführung auslaufende institutionelle Förderung	28.200 €	28.200 €	28.200 €	ja
Stups e.V. (Bauzug 3YG)	Fortführung auslaufende befristete Projektförderung - 20 % (befristet bis Abschluss Umzug)	26.617 €	21.300 €	21.300 €	nein
Literally Peace	Fortführung auslaufende institutionelle Förderung	20.000 €	20.000 €	20.000 €	ja
mission TRANS* e.V.	Fortführung auslaufende institutionelle Förderung - 20 %	23.800 €	19.000 €	19.000 €	ja
Theater La Lune Stuttgart e.V.	Fortführung der auslaufenden Zuschusserhöhung	90.600 €	15.000 €	15.000 €	ja
Zero Art e.V.	Fortführung auslaufende institutionelle Förderung	7.000 €	7.000 €	7.000 €	ja
Next Frontiers gUG	Erhöhung institutionelle Förderung aufgrund Kürzungen Dritter	50.000 €	6.000 €	6.000 €	ja
Gesamtbetrag			1.216.300 €	1.216.300 €	

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Niedrigschwellige Sportangebote für junge Menschen weiterführen: Nachtschwärmer und Öschi

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 520 Amt für Sport und Bewegung.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	135	0
Jahr 2	135	0
Jahr 3	135	0
Jahr 4	135	0
Jahr 5	135	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	520 Amt für Sport und Bewegung
(Mitteilungs-) Vorlage	1057/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die Urban Sports Area am Österreichischen Platz und die Nachtschwärmer vom Gemeinschaftserlebnis Sport sind niedrigschwellige, kostenfreie Angebote für viele junge Menschen. Sie fördern nicht nur die Freude an Bewegung, sondern leisten auch einen wertvollen Beitrag zum sozialen Miteinander in unserer Stadt.

Deshalb beantragen wir zur Fortführung der Angebote:

1. für die Urban Sports Area am Österreichischen Platz: 60.000 Euro p. a.
2. für die Nachtschwärmer vom Gemeinschaftserlebnis Sport: 75.000 Euro p. a.

Gez.

Florian Pitschel

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Perspektiven geben – Projekt "Match – Sozialstunden als Chance nutzen" fortführen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	137,9	0
Jahr 2	140,4	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025 MV_Anlage 6
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Wir möchten das Projekt MATCH der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH, das junge Menschen gezielt mit passenden Arbeitsstellen für die Ableistung von Sozialstunden verbindet, in die kommunale Förderung aufnehmen (Koordinationsstelle für die Ableistung von Sozialstunden im Rahmen der Jugendgerichtsbarkeit).

Gez.

Fabian Reger

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Planungsmittel zur Stärkung des Gemeinwesens in Weilimdorf

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 650 Hochbauamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	250	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	650 Hochbauamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Noch ist unklar, ob eine Landeserstaufnahmeeinrichtung nach Stuttgart kommen wird. Wenn sie kommt, dann höchstwahrscheinlich nach Weilimdorf, in das nördlich der S-Bahntrasse liegende Gewerbegebiet.

Neben der in § 1 Abs. 2 der Dienstverordnung (DVO-Flüchtlingsaufnahmegesetz) geregelten Anrechnung der Privilegierung, die im Stadtbezirk der Ansiedlung zum Tragen kommen muss, müssen jetzt in den Haushaltsberatungen vorsorglich Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, um die geforderten Begleitmaßnahmen überhaupt vorbereiten zu können.

Mit dem Antrag 0145/2025 Begleitmaßnahmen und Verhandlungspunkte für einen gelingenden LEA-Betrieb hatten wir neben vielen weiteren Forderungen eingefordert. Die Stadt identifiziert zusammen mit dem betroffenen Bezirk: "...zum Beispiel eine das Gemeinwesen stärkende Infrastruktureinrichtung wie ein Bürgerhaus o.ä. sowie (infrastrukturelle) Begleitmaßnahmen, priorisiert deren Umsetzung und fordert vom Land eine angemessene finanzielle Beteiligung.“ Vor allem wollen wir die Verhandlungspositionen der Stadt Stuttgart gestärkt wissen, und klare Verhandlungspunkte einbringen. Hierbei muss insbesondere der betroffene Bezirk von einem Ausbau einer das Gemeinwesen stärkenden Infrastruktur, zum Beispiel ein Bürgerhaus o.ä. sowie weiterer (infrastrukturellen) Begleitmaßnahmen, profitieren.

Um im Rahmen der Haushaltsberatungen einen notwendigen Eigenanteil der Stadt frühzeitig sicherzustellen – da dies nach den Haushaltsberatungen zu spät wäre – beantragen wir, im Doppelhaushalt 2026/2027 einen Betrag von 250.000 Euro für die Begleitmaßnahmen der LEA in Weilimdorf einzustellen.

Gez.

Gabriele Munk

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Programm „Wer pflegt, wird gestärkt“ fortführen – ein Zeichen der Anerkennung für pflegende Angehörige

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	48,5	0
Jahr 2	48,5	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	1013/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Pflegende Angehörige leisten einen zentralen Beitrag zur Versorgung und Unterstützung von hilfs- und pflegebedürftigen Menschen in Stuttgart. Sie übernehmen oft unter großem persönlichem Einsatz Aufgaben, die sonst professionelle Pflegekräfte oder Einrichtungen leisten müssten.

Das Programm „Wer pflegt, wird gestärkt.“ würdigt dieses Engagement und bietet pflegenden Angehörigen durch gezielte Maßnahmen Entlastung, Information und Wertschätzung. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass das Programm positiv angenommen wird und eine spürbare Unterstützung für die Teilnehmenden bedeutet.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Programm „Wer pflegt, wird gestärkt.“ als Förderprogramm und Zeichen der Anerkennung für pflegende Angehörige in den Jahren 2026 und 2027 fortzuführen. Hierfür sind jeweils 48.500 Euro im Haushalt bereitzustellen.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Räume für Beratung und Prävention erhalten – Sanierungszuschuss für die AIDS-Hilfe Stuttgart e.V.

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 530 Gesundheitsamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	11,7	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	530 Gesundheitsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die AIDS-Hilfe Stuttgart e.V. engagiert sich seit 40 Jahren als gemeinnütziger und besonders förderungswürdiger Träger im Bereich Prävention, Beratung und Unterstützung von Menschen mit HIV und AIDS sowie im Kontext sexueller Gesundheit und ist ein zentraler Bestandteil der kommunalen Gesundheitsversorgung, insbesondere für marginalisierte und vulnerable Gruppen.

Die im letzten Haushalt genehmigten Mittel sowie die verfügbaren Eigenmittel der AIDS-Hilfe Stuttgart e.V. reichen nicht aus, um die begonnene Sanierung/Renovierung der Räumlichkeiten abzuschließen.

Um auch noch die notwendige Sanierung der Bodenflächen umsetzen zu können, braucht es einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 11.737,89 Euro.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Stephanie Moch

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Regenbogen-Webportal: Digitale Vernetzungsplattform für ehrenamtliche Organisationen sichern

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	18,5	0
Jahr 2	18,5	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Wir beantragen für den Doppelhaushalt 2026/2027 18.500 Euro pro Jahr für den Betrieb und die Weiterentwicklung des Regenbogen-Webportals Stuttgart, das als zentrale, niedrigschwellige Anlaufstelle zu LSBTIQA*-Themen dient und bestehende Angebote sichtbarer, zugänglicher und leichter auffindbar macht.

Aufgrund der Kürzung der Fördermittel wird in Beratungs- und Anlaufstellen deutlich verstärkt das Ehrenamt zum Tragen kommen, um den Beratungs- und Unterstützungsbedarf der Menschen in Stuttgart zu decken. Damit die ehrenamtlichen Strukturen nachhaltig wirken können, bedarf es einer verlässlichen Anlauf- und Vernetzungsstelle.

Abgebildet werden im Regenbogen-Webportal:

- Beratungsangebote für LSBTIQA*-Menschen und Zugehörige
- Bildungsangebote, Workshops und Informationsmaterial
- „Schwarzes Brett“ zur Gewinnung ehrenamtlicher Unterstützender
- Übersicht der Gruppen und Veranstaltungen (Jugend, Selbsthilfe, Freizeit, Sport, Kunst, Netzwerke)
- Unterstützung bei der Raumsuche
- Sammlung relevanter Ressourcen für queere geflüchtete Menschen

Die Förderung soll über den Weissenburg e. V. erfolgen, der als Träger des Projekts Regenbogenhaus die organisatorische Anbindung und Umsetzung sicherstellt. Die Mittel werden für Redaktion, Community-Management, Öffentlichkeitsarbeit und technische Pflege benötigt.

Gez.

Stephanie Moch

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Selbstbestimmt leben in Stuttgart – Sozialraumorientierte Beratung und Begleitung beim ZsL durch die Beratungsstelle inklusiv UN-BRK fortführen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	48	0
Jahr 2	48	0
Jahr 3	48	0
Jahr 4	48	0
Jahr 5	48	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist als internationales Vertragswerk zum Schutz der Menschenrechte 2008 international in Kraft getreten.

Der gemeinnützige Verein ABS – Zentrum selbstbestimmt Leben e.V. (ZsL) engagiert sich seit über 40 Jahren als "Aktive Behinderte in Stuttgart" und seit 2004 als Beratungsstelle "Zentrum selbstbestimmt Leben" für die Belange von Menschen mit Behinderung und lebt seine Beratung nach dem sogenannten Peer-Counseling-Prinzip: Betroffene beraten Betroffene. Die Menschen, die im ABS -ZsL arbeiten, sind selbst Menschen mit Behinderung.

Das ZsL arbeitet niederschwellig, sozialraumorientiert und sensibilisiert für die Belange von Menschen mit Behinderung in Stuttgart. Diese wichtige Aufgabe möchten wir weiterhin unterstützen.

Wir wollen verhindern, dass diese wichtige Aufgabe der Haushaltskonsolidierung zum Opfer fällt und beantragen daher, die institutionelle Beratung/UN-BRK des ZsL auch weiterhin mit einer Förderung der bisherigen 0,5 Stellenanteile zu bezuschussen.

Gez.

Gabriele Munk

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Sicher feiern auf dem Wasen – Wasenboje fortführen!

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt
320 Amt für öffentliche Ordnung.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	80	0
Jahr 2	80	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt 320 Amt für öffentliche Ordnung
(Mitteilungs-) Vorlage	1068/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Das Projekt Wasenboje hat sich in den letzten zwei Jahren als fester Bestandteil des Sicherheitskonzepts auf dem Cannstatter Wasen bewährt. Es bietet eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Menschen in belastenden oder akut bedrohenden Situationen – von Desorientierung bis hin zu Übergriffen oder Verdacht auf K.O.-Tropfen.

Das ehrenamtlich und fachlich geschulte Team leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Schutz und Wohlbefinden der Besucher*innen und ergänzt die Arbeit von Polizei, DRK und Sicherheitsdiensten.

Die bisherige Finanzierung über das Budget „Sicherheit und Sauberkeit“ diente der Pilotphase. Nach der erfolgreichen Erprobung soll das Angebot fortgeführt werden. Die beantragten 80.000 Euro jährlich sichern die Durchführung, inklusive Logistik, Schulung, Ausstattung und Aufwandsentschädigungen.

Gez.

Stephanie Moch

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Sicherung der Bildungsarbeit der Volkshochschule Stuttgart – Ausgleich tarifbedingter Mehrkosten

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 410 Kulturamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	146	0
Jahr 2	299	0
Jahr 3	299	0
Jahr 4	299	0
Jahr 5	299	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	410 Kulturamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1019/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die Volkshochschule Stuttgart (VHS) ist eine zentrale Säule der kommunalen Bildungslandschaft und trägt wesentlich zur Bildung, Qualifizierung und gesellschaftlichen Teilhabe der Bevölkerung bei. Sie fördert lebenslanges Lernen und erreicht Menschen aller Altersgruppen und sozialer Hintergründe.

Als öffentlich geförderte Bildungseinrichtung ist die VHS verpflichtet, die tariflichen und gesetzlichen Vorgaben im Bereich der Personalvergütung einzuhalten. Die im Rahmen der laufenden Tarifverhandlungen absehbaren Personalkostensteigerungen führen zu einem erhöhten Finanzbedarf, der innerhalb des bestehenden Budgets nicht gedeckt werden kann.

Um den tarifkonformen Personaleinsatz sicherzustellen und gleichzeitig die Bildungsangebote in gewohntem Umfang und hoher Qualität fortführen zu können, ist ein städtischer Zuschuss erforderlich. Daher sollen – entsprechend der vom Kulturamt ermittelten Budgetbedarfe – 146.000 Euro in 2026 und 299.000 Euro ab 2027 zusätzlich in den Haushalt eingestellt werden.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Afina Albrecht

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
CDU
Betreff
stjg-Jugendtreffs vernünftig ausstatten und weitere Bezugsschaltung von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit ermöglichen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Beschlussantrag:

Für die untenstehenden Projekte der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH (stjg) werden im Doppelhaushalt insgesamt 850 TEUR bereitgestellt. Zur Gegenfinanzierung wird der im Haushaltsentwurf enthaltene Ansatz für das CAFE RATZ (Stuttgarter Jugendhaus gGmbH, Margaretenstr. 63, Untertürkheim, Mehrbedarf Vollsanierung 2027) reduziert und die erforderlichen Restbeträge in den kommenden Doppelhaushalt geschoben.

Aktuell stehen hier nach unserer Kenntnis Mittel wie folgt zur Verfügung: 2026 2.000 TEUR abzgl. 20% = 1.600 TEUR, 2027: 2.535 TEUR abzgl. 20% = 2.028 TEUR. Gesamt also 3.628 TEUR.

Laut Aussage der stjg können für 2027 lediglich 1.500 TEUR eingesetzt werden, sodass im DHH 2026/2027 noch 2.128 TEUR (1.600 in 2026 und 528 TEUR in 2027) verbleiben.

Lfd.Nr. Tages- liste v. 27.11.2025	Vorhaben	Finanzbe- darf 2026 (TEUR)	Finanzbe- darf 2027 (TEUR)	Gesamt
75	Investitionszuschuss Meluner Str. (Jugendtreff Lauchhau) Rücknahme pauschale Kürzung	382	-	382
75	Ausstattungsmittel Jugendtreff Lauchhau	-	70	70
76	Mehrbedarf beim Neubau des Jugendtreffs Camp Feuerbach	85		85
77	Ausstattung Neubau Spielhaus, Unterer Schlossgarten	-	80	80
78 und 80	Stuttgarter Jugendhaus gGmbH, Asperger Str. 41a (Sieben Morgen)	-	138	138
79	Kindertreff Münster – Moselstraße 86-94	-	95	95
Summe	Bedarfe stig gesamt	467	383	850
81	Wegfallende HH-Ansätze Margaretenstr. 63 (Cafe Ratz)	-1.600	-568	-2.168
Saldo	Verbleibende Entlastung nach Verschiebung HH-Ansatz Cafe Ratz	-1.133	-185	-1.318

Es wird zudem beantragt, dass die dargestellten Entlastungen in den Jahren 2026 und 2027 zur Finanzierung folgender weiterer Vorhaben der offenen Jugendarbeit herangezogen werden:

Lfd.Nr. Tages- liste v. 27.11.2025	Vorhaben	Finanzbe- darf 2026 (TEUR)	Finanzbe- darf 2027 (TEUR)	Ge- samt
67	Jugendfarm Birkach e. V., Aulendorfer Straße 50, Nachfinanzierung der Umstrukturierungen Farmgelände	98	-	98
68	Robinson Jugendfarm Botnang e. V., Am Buberlesbach 20/1, Sanierung Gebäude Holzwerkstatt	97	-	97
69	Jugendfarm Stammheim e. V., Egerten 3, Teilersatzbau Heulager und Unterstand mit Erneuerung Stalldach (Rücknahme Kürzung 20% in 2026 und Restbetrag 2027)	20	43	63
70	Bürgerinitiative Kinderspielplatz Geiger-Memberg e. V., Besidenstraße 18, Bad Cannstatt Renovierung Vordach	50	55	105
71	Evang. Kirchengemeinde Feuerbach, Schützenhausweg 71, Weilimdorf Neubau eines Waldheimgebäudes (Rücknahme Kürzung 20% in 2026 und Restbetrag 2027)	50	250	300
74	Forum 3, Sanierung/Renovierung	200	239	439
Summe		515	587	1102
	Gegenfinanzierung s.o. Saldo Entlastung	-618	402	-216

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
- in Tausend Euro -		

	EHH	FHH
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die Stuttgarter Jugendhaus gGmbH betreibt im Auftrag der Stadt Stuttgart Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, welche wichtige Treffpunkte für die Stuttgarter Jugendlichen darstellen. Für angefallene Mehrkosten bei bereits abgeschlossenen Bauarbeiten sowie für die Erstausstattung mehrerer im Bau befindlicher Einrichtungen sind diese Mittel erforderlich.

Als Gegenfinanzierung kann für die Jahre 2026 und 2027 die Verschiebung des bereits im Haushaltsentwurf enthaltenen Vorhabens der stjg – Vollsanierung Margaretenstr. 63, Untertürkheim (CAFE RATZ) – herangezogen werden.

Wie oben dargestellt, können die genannten investiven Maßnahmen in Summe in den Haushaltsjahren 2026 und 2027 kompensiert werden.

Gez.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fabian Reger
Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

CDU

Isabelle-Florentine Weichselgartner
Alexander Kotz, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Teilhabe ermöglichen – Tagesstrukturierende Angebote/„Arbeit statt Drogen“ sicherstellen und an das Jobcenter übertragen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 290 Jobcenter
500 Amt für Soziales und Teilhabe.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	868,7	0
Jahr 2	894	0
Jahr 3	894	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	290 Jobcenter 500 Amt für Soziales und Teilhabe
(Mitteilungs-) Vorlage	0985/2025 MV HH, 1044/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations-einheit bzw. Stellen-nummer	Funktions-bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW-Vermerk bisher	KW-Vermerk neu
	1		0,5 Sachgebiet Arbeitsförderung / 0,5 Sachgebiet Haushalt und Finanzen	0,5 Administration / 0,5 Abrechnung	EG10		

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Um die Fortführung der tagesstrukturierenden Angebote „Arbeit statt Drogen“ nach § 67 SGB XII sicherzustellen werden Budget und Bewirtschaftung an das Jobcenter übertragen.

Mit der GRDrs 1107/2023 wurde das Jobcenter und das Amt für Soziales und Teilhabe beauftragt, gemeinsam mit den Trägern Lösungen zur Fortführung der tagesstrukturierenden Angebote nach § 67 SGB XII zu entwickeln. Insbesondere sind davon die Arbeitsgelegenheiten im Programm "Arbeit statt Drogen" betroffen. Das Programm "Arbeit statt Drogen" besteht seit 1999 und dient der Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben von Konsumentinnen und Konsumenten illegaler Suchtmittel, Substituierten und aus der Drogentherapie Entlassenen. Bis 2005 wurde das Programm ausschließlich mit kommunalen Mitteln finanziert, danach mit Mitteln durch das Jobcenter sowie der städtischen Arbeitsförderung.

Das Projekt „Arbeit statt Drogen“ hat sich als wertvolles Instrument zur sozialen Stabilisierung und Arbeitsmarktintegration von suchtkranken und suchtgefährdeten Menschen bewährt. Durch niederschwellige Arbeitsgelegenheiten werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer an eine geregelte Tagesstruktur herangeführt, soziale Kompetenzen gestärkt und Perspektiven für weiterführende Beschäftigungsmaßnahmen eröffnet.

Die Mittel für eine Fortführung sind bereits im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 für 2026 im Teilhaushalt 290 - Jobcenter und für 2027 Teilhaushalt 500 - Amt für Soziales und Teilhabe (mit Kosten von 1.293.500 Euro) enthalten.

Durch eine organisatorische Anbindung an die städtische Arbeitsförderung im Jobcenter Stuttgart können bestehende Strukturen, Erfahrungen und Kontakte genutzt und eine enge Verzahnung mit bestehenden Arbeitsförderungsstrukturen gewährleistet werden. Daher ist es zielführend, Zuständigkeit und Mittelverantwortung auch in den Jahren 2027ff beim Jobcenter liegen.

Dafür werden im THH 290 in 2026 Mittel von 868.700 Euro sowie in 2027 und 2028 Mittel von 894.000 Euro benötigt. Mittel für eine Fortführung sind bereits im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 für 2026 im Teilhaushalt 290 -

Jobcenter und für 2027 Teilhaushalt 500 - Amt für Soziales und Teilhabe enthalten.

Für die Administration der tagesstrukturierenden Angebote ist eine 0,5 Stelle in EG 10 erforderlich, die bei der städt. Arbeitsförderung angebunden sein soll. Diese muss neu geschaffen werden. Für die Abrechnung der Förderungen der städt.

Arbeitsförderung sowie der tagesstrukturierenden Angebote nach § 67 SGB XII ist zudem eine 0,5 Stelle in EG 10 beim Sachgebiet Haushalt und Finanzen der Abteilung Verwaltung erforderlich. Hierfür kann eine vorhandene - bisher für die Abrechnung der Eingliederungsleistungen nach dem SGB II benötigte und daher über den Bund finanzierte - 0,5 Stelle umgewandelt werden.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Übergang Schule – Beruf sichern: Tarifsteigerungen der freien Träger bei AVdual übernehmen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 400 Schulverwaltungsamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	137,8	0
Jahr 2	172,8	0
Jahr 3	172,8	0
Jahr 4	172,8	0
Jahr 5	172,8	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	400 Schulverwaltungsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0938/2025 MV_Anlage 4
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Immer mehr Jugendliche in Deutschland verlassen die Schule ohne Abschluss. Das Ziel der Ausbildungsvorbereitung dual (AVdual) ist es, mehr Jugendlichen den direkten Übergang von der Schule in eine Ausbildung zu ermöglichen.

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat sich verpflichtet, den Bildungsgang AVdual mit den verbindlichen Bausteinen umzusetzen. Mit der Bereitstellung der AVdual-Begleitung an den Schulstandorten wurden freie Träger beauftragt. Aufgrund von Tariferhöhungen kommt es zu Steigerung der Kostenerstattung (Personalkosten) bei den Trägern. Daher ist eine Budgeterhöhung nötig, um die entsprechenden Stellenanteile (GRDrs 367/2023) bereitzustellen.

Gez.

Fabian Reger

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

4. Eine funktionierende Verwaltung sichern

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
CDU
Betreff
Deutschlandticket weiterhin attraktiv halten

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 100 Haupt- und Personalamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	100 Haupt- und Personalamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt führt dazu, dass selbst sicher geglaubte Projekte neu bewertet werden müssen. Das kostenfreie Deutschlandticket ist bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt sehr beliebt und wird stark genutzt. In Diskussionen über mögliche Einsparungen wurde es daher regelmäßig als wichtige Maßnahme der Personalbindung hervorgehoben, die erhalten bleiben sollte.

Vor diesem Hintergrund schmerzt der Vorschlag der Verwaltung, den städtischen Zuschuss auf 25 Euro zu reduzieren. Um den langfristigen Nutzen des Angebots zu sichern, halten wir eine hälftige steuerfreie Finanzierung des Deutschlandtickets für sinnvoller.

Wir beantragen:

1. Das Deutschlandticket wird statt mit einem Zuschuss von 25 Euro zu 50 Prozent finanziert.
2. Zur Finanzierung der Mehrkosten dadurch gegenüber der aktuell im Haushaltsplanentwurf der Verwaltung dafür eingestellten Mittel beantragen wir die Reduzierung der Stuttgart-Zulage um weitere 5 Euro auf dann 70 Euro ab 2026.

Gez.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender
Peta Rühle, Fraktionsvorsitzende

CDU

Alexander Kotz, Fraktionsvorsitzender
Jürgen Sauer

Haushaltsantrag (Stellenplanantrag)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Die Zukunft im Blick – Rechtskonforme Initiierung, Begleitung und Umsetzung von KI-Projekten sicherstellen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 170 Amt für Digitalisierung, Organisation und IT.

Änderung im Stellenplan

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW-Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu
1085	1		17-01	KI-Manager/in, Rechtskonforme Initiierung, Begleitung und Umsetzung von KI- Projekten	EG12		

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

THH	170 Amt für Digitalisierung, Organisation und IT
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Begründung/Erläuterung:

Um die Initiierung, Begleitung und Umsetzung von KI-Projekten sicherzustellen, beantragen wir die Schaffung einer zusätzlichen Stelle KI-Manager*in.

Gez.

Afina Albrecht

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag (Stellenplanantrag)
zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff Gesundheitsamt zukunftsfest aufstellen – Neuorganisation der Abteilung Kinder-, Jugend- und Zahngesundheit, Soziale Dienste

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 530 Gesundheitsamt.

Änderung im Stellenplan

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW-Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu
	1		53-3	Abteilungsleitung 1,0 VZK	A15		

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

THH	530 Gesundheitsamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Begründung/Erläuterung:

Die Abteilung 3 des Gesundheitsamts umfasst rund 50 % aller Mitarbeitenden des Amtes. Die Trennung der Abt. 53-3 in zwei Abteilungen erfolgt gemäß der in der LHS üblichen Leitungsspanne. Ohne eine Anpassung droht die Abwanderung erfahrener Fachkräfte bei gleichzeitigem extremen Fachkräftemangel im Gesundheitssektor. Hier ist eine Entlastung dringend erforderlich.

Wir beantragen daher für das Gesundheitsamt, Abteilung Kinder-, Jugend- und Zahngesundheit, Soziale Dienste (53-3), die Schaffung einer 1-VZK-Stelle für eine Abteilungsleitung in A 15.

Grundsätzlich sprechen wir uns dafür aus, dass Stellen auch im Laufe des Jahres flexibel umgewandelt werden können – sowohl für andere Aufgaben als auch für andere berufliche Qualifikationen, wenn sich die Bedarfe ändern. Dies gilt auch für Stellen für freiwillige Aufgaben, die der Gemeinderat beschlossen hat.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Afina Albrecht

Haushaltsantrag (Stellenplanantrag)
zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Jobcenter: Stelle zur Sicherstellung eines nachhaltigen internen Kontrollsystems im Finanzbereich

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 290 Jobcenter.

Änderung im Stellenplan

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW-Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu
	1 VZK		29-1.2	SB Finanzcontrolling/Fi nanzkontrolle	A13 g.D.		

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

THH	290 Jobcenter
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Begründung/Erläuterung:

Die Stelle wird für die Weiterentwicklung des Internen Kontrollsystems im Finanzbereich und die Konzeption und Entwicklung von Compliance-Maßnahmen dringend benötigt. So ist die Abrechnung der Kosten mit dem Bund erheblich komplexer, aufwendiger und kleinteiliger geworden. Durch die Verknappung der Haushalt des Bundes ist eine engmaschigere Kontrolle und Überwachung notwendig. Das macht die Implementierung eines Frühwarnsystems erforderlich, das frühzeitig Abweichungen von der Finanzplanung aufzeigt sowie ein regelmäßiges Monitoring der finanziellen Situation des Jobcenters bietet.

Für die beschriebenen Aufgaben sind bisher keine Stellenanteile vorhanden. Eine ordnungsgemäße Wahrnehmung der Aufgaben im Finanzcontrolling ist bei Nichtschaffung der Stelle gefährdet. Die Zahlungssicherheit kann nicht umfassend garantiert werden und die rechtlichen Anforderungen an eine sparsame und wirtschaftliche Mittelverwendung können nicht mehr durchgehend eingehalten werden. Dies wollen wir vermeiden.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

5. Finanzen maßvoll stabilisieren

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
CDU
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Keine weiteren Belastungen für den Doppelhaushalt 2027/28 – Deckung der Haushaltsanträge der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen durch Verbesserungen im Klinikumsbereich

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 200 Stadtkämmerei.

Wir beantragen im Bereich „Finanzielle Auswirkungen“ folgende Maßnahme umzusetzen:

Die zusätzliche Bundesförderung im Bereich des Klinikums wird zur Deckung der von den Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Anträge im Doppelhaushalt 2026/2027 verwendet.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1
Jahr 2
Jahr 3
Jahr 4
Jahr 5
Jahr 6 ff.		...

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	200 Stadtkämmerei
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Der von der Stadtverwaltung eingebrachte Doppelhaushalt 2026/27 steht unter erheblichem Druck im Hinblick auf seine Genehmigungsfähigkeit durch das Regierungspräsidium. Trotz dieser anspruchsvollen Ausgangslage ist es der Verwaltung gemeinsam mit den Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen gelungen, in einem konstruktiven und vertrauensvollen Austausch einen soliden und ausgewogenen Haushaltsentwurf zu erarbeiten, der die finanziellen Rahmenbedingungen berücksichtigt und zugleich Raum für zentrale Zukunftsaufgaben lässt.

Vor diesem Hintergrund war es den Fraktionen möglich, nur in begrenztem Umfang zusätzliche Anträge einzubringen – ein Ausdruck gemeinsamer Verantwortung und haushaltspolitischer Disziplin.

Das hierfür erforderliche Finanzvolumen kann durch eine zusätzliche Bundesförderung im Bereich des Klinikums gedeckt werden. Dadurch verringert sich der notwendige Verlustausgleich aus dem Stadthaushalt, sodass die Finanzierung ohne Verschlechterung des Gesamtergebnisses dargestellt werden kann. Diese Förderung ist im aktuellen Entwurf der Stadtverwaltung bislang noch nicht berücksichtigt.

Gezeichnet:

CDU

Alexander Kotz (Fraktionsvorsitzender)

Jürgen Sauer

Bündnis 90/Die Grünen

Petra Rühle (Fraktionsvorsitzende)

Björn Peterhoff (Fraktionsvorsitzender)

Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Parkraummanagement Stufe 7 und 8 finanzieren und umsetzen

Antrag

Das Parkraummanagement in Stuttgart ist eine Erfolgsgeschichte: Nach dem Pilotgebiet im Stuttgarter Westen wurde es inzwischen in der gesamten Innenstadt erfolgreich eingeführt. Aus mehreren Bezirken liegen Anfragen zur Ausweitung vor, um auch dort Anwohner*innen zu entlasten.

Darüber hinaus hat die Stadt das Parkraummanagement als eine zentrale Maßnahme der städtischen Verkehrswende benannt und die Umsetzung weiterer Gebiete im Klimamobilitätsplan fest verankert. Es ist daher unerlässlich, die nächsten Umsetzungsschritte (Stufe 7 und 8) einzuleiten.

Die Finanzierung des Parkraummanagements ist nach der initialen Investition kostenneutral, da durch Parkgebühren, Anwohnerparkausweise und Parkraumüberwachung dauerhaft Einnahmen generiert werden.

Wir beantragen daher die Aufnahme der Mantelvorlage Parkraummanagement in den Doppelhaushalt 2026/2027, um die Planung und Umsetzung der Stufen 7 und 8 zu finanzieren und realisieren.

Gez.

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Dr. Sebastian Karl

THH	320 Amt für öffentliche Ordnung
Seite Anmeldeliste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	896/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Planungspauschale Städtebau erhöhen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 610 Amt für Stadtplanung und Wohnen.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	250	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Ja
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	Anlage 3, Pos. 2.1
THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen
(Mitteilungs-) Vorlage	815/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

In den vergangenen Jahren wurden zu viele Einzelprojekte über Planungspauschalen finanziert, was zu hohen Ermächtigungsübertragungen im Planungsbereich geführt hat.

Dieser Doppelhaushalt schafft eine neue Logik – mit einer deutlich reduzierten Planungspauschale.

Um dennoch den notwendigen Handlungsspielraum zu sichern und in den kommenden zwei Jahren flexibel auf Ratsbeschlüsse in den Bereichen Wohnungsbau, Stadt am Fluss und Verkehrsplanung reagieren zu können, ist eine Erhöhung der Planungspauschale Städtebau erforderlich. Wir beantragen daher, die Planungspauschale Städtebau in den Jahren 2026 und 2027 jeweils um 250.000 Euro zu erhöhen.

Dieselbe Erhöhung der Planungsmittel beantragen wir auch für das Liegenschaftsamt, da dort im kommenden Doppelhaushalt große Projekte für Verwaltungsgebäude anstehen.

Gez.

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Preisgelder Stuttgarter Innovationspreis anpassen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 810 Bürgermeisteramt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-40	0
Jahr 2	-40	0
Jahr 3	-40	0
Jahr 4	-40	0
Jahr 5	-40	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	810 Bürgermeisteramt
(Mitteilungs-) Vorlage	1110/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

In Stuttgart gibt es eine Vielzahl an Unternehmen, die innovative Produkte und Dienstleistungen entwickeln. Mit dem Stuttgarter Innovationspreis werden diese Leistungen gewürdigt.

Der Stuttgarter Innovationspreis ist derzeit mit insgesamt 100.000 Euro dotiert und wird in den Kategorien Mobilität, Digitalisierung, Nachhaltigkeit & Soziales sowie Start-up vergeben. Die Preisträgerinnen und Preisträger der jeweiligen Kategorie werden mit jeweils 25.000 Euro Preisgeld ausgezeichnet.

Aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Stadt schlagen wir eine Reduzierung der Preisgelder um jeweils 10.000 Euro vor.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN CDU
Betreff Solidarisch schultern wir gemeinsam den Haushalt – Grundvergütung für Stadträtinnen und Stadträte senken

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 800 Gemeinderat.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	-54	0
Jahr 2	-54	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	800 Gemeinderat
(Mitteilungs-) Vorlage	1021/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Dieser Haushalt stellt uns alle vor große Herausforderungen. Auch wenn wir es uns anders wünschen würden, erfordert die aktuelle finanzielle Situation der Stadt, dass wir auch bisher erfolgreiche und geschätzte Leistungen, wie etwa die Stuttgart-Zulage, auf den Prüfstand stellen.

Wir sind überzeugt: In dieser Situation sitzen wir alle in einem Boot. Deshalb schlagen wir vor, dass die Grundvergütung für uns Stadträtinnen und Stadträte – ebenso wie die Stuttgart-Zulage für die städtische Mitarbeiterschaft – um 75 Euro je Monat reduziert wird.

Wir verstehen diesen Schritt als solidarischen Beitrag und klares Zeichen, die schwierige Haushaltslage gemeinsam und verantwortungsvoll anzugehen.

Gez.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

CDU

Alexander Kotz, Fraktionsvorsitzender

Jürgen Sauer

Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Städtische Kampagnen- und Kommunikationsbudgets bündeln und konsolidieren

Antrag

Wir beantragen, dass die Verwaltung bis zur ersten Lesung des Doppelhaushalts 2026/2027 einen Vorschlag erarbeitet, wie die Budgets für Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikationsmaßnahmen und Kampagnen künftig unter einem organisatorischen Dach gebündelt und insgesamt effizienter ausgestaltet werden können.

Dabei sind insbesondere darzustellen,

- wie die bestehenden Kampagnen- und Kommunikationsbudgets von L/OB-K,
- sowie weiterer Organisationseinheiten, insbesondere S/OB (z. B. „Stuttgart steigt um“),

in einer Gesamtübersicht zusammengeführt werden können. Der Vorschlag soll aufzeigen, wie durch eine konsolidierte Steuerung Transparenz geschaffen, Doppelstrukturen vermieden und mögliche Einsparpotenziale realisiert werden können.

Begründung:

Der Verwaltungsausschuss hat am 2. Juli 2025 die Vorlage 0631/2025 BV vertagt und um einen Gesamtüberblick über die Kampagnenbudgets von L/OB-K gebeten. Um diesen Überblick vollständig zu gestalten und daraus strukturelle Konsequenzen ableiten zu können, ist eine Einbeziehung der weiteren Kommunikationsbudgets bei anderen Gliederungen, wie zum Beispiel S/OB, erforderlich.

Gez.

Florian Pitschel

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

THH	810 Bürgermeisteramt
Seite Anmeldeliste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	1111/2025 MV HH, 0989/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Haushaltsantrag (Anfrage)

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff
Städtische Mieten mit Augenmaß anpassen – Sozialverträglichkeit sicherstellen

Antrag

In der Ämtervorlage des Liegenschaftsamts ist eine Erhöhung der Mieten für städtische Wohnungen um 15 % eingeplant. Trotz der aktuellen Haushaltsslage und der allgemeinen wirtschaftlichen Situation erscheint eine Anhebung in einer solchen Höhe auf einen Schlag nicht verhältnismäßig.

Die Verwaltung stellt daher in der ersten Lesung dar, wie die geplante Erhöhung der Mieten für städtische Wohnungen verträglich angepasst werden kann, ohne die Haushaltssziele wesentlich zu gefährden. In Hinblick auf die Zukunft wird dargestellt, wie eine verträgliche Mietanpassung künftig gewährleistet werden kann, um einen ausgewogenen Kompromiss zwischen der notwendigen Einnahmeverbesserung und der sozialen Verantwortung der Stadt gegenüber den Mieterinnen und Mietern zu erreichen.

Zudem erwarten wir eine Auflistung, wann die Mieten für Wohnraum in städtischen Liegenschaften zuletzt erhöht wurden, wie viele und welche Art von Wohnungen betroffen sind und in welchem Zustand sich diese befinden.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender

THH	230 Liegenschaftsamt
Seite Anmeldeliste (wenn vorhanden)	
(Mitteilungs-) Vorlage	1069/2025 MV HH
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
CDU
Betreff
Verlässliche, kostengünstige und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung langfristig sichern! Moderate Anpassung der Kitagebühren umsetzen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 510 Jugendamt.

Im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ beantragen wir Folgendes im Bereich Kita-Kindertagengebühren umzusetzen:

- 1.) Eine Anpassung der Elternbeiträge (einschließlich Essensgeld) in zwei Schritten (zum September 2026 und 2027) um jeweils plus 11 Prozent bei der GT-Betreuung U3; plus 7,5 Prozent bei der VÖ-Betreuung U3; plus 7,5 Prozent bei der Ü3 GT-Betreuung Ü3; plus 4 Prozent bei der VÖ-Betreuung Ü3.
- 2.) Für die Jahre 2028 bis 2031 soll eine Dynamisierung der Elternbeiträge von plus 3 % (einschließlich Essensgeld) eingeführt werden.
- 3.) Die Gebührenbefreiung für Kinder mit Bonuscard sowie die Vergünstigung mit der Familiencard bleiben vollumfänglich erhalten.
- 4.) Die Anpassung der Elternbeiträge führt zu einer Verbesserung der Einnahmesituation bei den freien Trägern von Kindertagesstätten und Kindergärten. Die entsprechende Verringerung des Förderaufwands kann daher zur Finanzierung der moderaten Anpassung der Kitagebühren herangezogen werden.

Die nachfolgend aufgeführten Beträge unter „Finanzielle Auswirkungen“ sind ohne Bedeutung und haben keine Relevanz!

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Ja
----------------------------------------	----

Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	Anlage 5 zur Mitteilungsvorlage 0883/2025 MV HH, S. 1
THH	510 Jugendamt
(Mitteilungs-) Vorlage	0883/2025 MV
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

GRÜNE und CDU machen sich stark für eine verlässliche, kostengünstige und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Kita-Kindergartengebühren verliert dieses Ziel aus den Augen. Wir schlagen daher eine deutlich moderatere Anpassung vor, welche in zwei Stufen in den Jahren 2026 und 2027 erfolgen soll. Zudem soll eine Dynamisierung der Beiträge (inkl. Essengeld) bis 2031 eingeführt werden, welche 3 % pro Jahr und nicht pauschal 10 % pro Jahr beträgt.

Seit der letzten Anpassung der Kita- Kindergartengebühren im Jahr 2015 sind die Kosten deutlich gestiegen. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage ist eine Anpassung unumgänglich. Der Vorschlag sieht eine moderate Erhöhung vor: Sozialverträglich, fair und für die Familien langfristig planbar.

Gezeichnet:

Bündnis 90/Die Grünen

Petra Rühle (Fraktionsvorsitzende)

Fabian Reger

CDU

Alexander Kotz (Fraktionsvorsitzender)

Dr. Klaus Nopper